

Substanzielles Protokoll 171. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. April 2013, 17.00 Uhr bis 19.59 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Petek Altinay (SP), Walter Angst (AL), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Monika Erfigen (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Kathy Steiner (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/406](#) * Weisung vom 03.04.2013: STP
Motion von A. Recher (AL) betreffend Einführung des konstruktiven Referendums, Änderung der Gemeindeordnung, Bericht und Abschreibung
3. [2013/114](#) * Weisung vom 10.04.2013: VTE
Tiefbauamt, Allmendstrasse (Entwicklungsgebiet Manegg), Landerwerb, Aufwertung Strassenraum, Radstreifen, Werkleitungs- und Strassenbau, Objektkredit
4. [2013/115](#) * Weisung vom 03.04.2013: VTE
Motion von Rebekka Wyler (SP) und Rolf Kuhn (SP) betreffend Verkehrsplanung 2025, Alternativprojekte zu Stadttunnel und Waidhaldentunnel, Bericht und Abschreibung
5. [2013/117](#) * Weisung vom 03.04.2013: FV
Liegenschaftsverwaltung, Verlängerung und Änderung des Baurechtsvertrags für das Gewerbehäus «Örlikerhus» an der Thurgauerstrasse 68–72, Quartier Seebach
6. [2013/118](#) * Weisung vom 03.04.2013: FV
Liegenschaftsverwaltung, Kauf einer Baulandreserve an der Mühlackerstrasse 193–199, Quartier Affoltern
7. [2013/110](#) * Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 27.03.2013: VHB
E Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit

- | | | | | |
|-----|--------------------------|--------|--|-----|
| 8. | 2013/120 | *
E | Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 03.04.2013:
Förderung von Teilzeitlehrstellen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Betreuungspflichten | VS |
| 9. | 2012/167 | A | Globalbudgetantrag von Matthias Probst (Grüne) und Bernhard Piller (Grüne) vom 11.04.2012:
Produktgruppen-Globalbudget Elektrizitätswerk (ewz), Einführung einer neuen Steuerungsgrösse «% solarenergie-technisch genutzte Dachfläche von der total energetisch nutzbaren Fläche» | VIB |
| 10. | 2012/432 | | Weisung vom 21.11.2012:
Liegenschaftenverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 9074 m2 Bauland an die Früh Immobilien AG und die W. Schmid & Co im Glattpark, Opfikon | FV |
| 11. | 2012/433 | | Weisung vom 21.11.2012:
Liegenschaftenverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 23 909 m2 Bauland an die Allgemeine Baugenossenschaft (ABZ) | FV |
| 12. | 2011/335 | E/T | Postulat von Joachim Hagger (FDP) und Alexander Jäger (FDP) vom 14.09.2011:
Errichtung eines automatischen, kostenpflichtigen Parkiersystems für Velos | VTE |
| 13. | 2011/358 | E/A | Postulat von Matthias Probst (Grüne) und 4 Mitunterzeichnenden vom 28.09.2011:
Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse | VTE |
| 14. | 2011/383 | | Interpellation von Jacqueline Badran (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 05.10.2011:
Lohndumping bei Auftragsverhältnissen mit der Stadt, Umfang und Massnahmen zur Verhinderung | VTE |
| 15. | 2011/464 | A | Postulat von Salvatore Di Concilio (SP), vertreten durch Dr. Pawel Silberring (SP), vom 07.12.2011:
Paradeplatz, Errichtung eines Trinkwasser-Brunnens | VTE |
| 16. | 2011/468 | E/A | Postulat von Michel Urben (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 07.12.2011:
Realisierung einer Veloroute zwischen Sternen Oerlikon und der Tramstation Hirschwiesenstrasse | VTE |
| 17. | 2012/65 | A | Motion der FDP-Fraktion vom 29.02.2012:
Kommunaler Verkehrsplan, Ersatz der besucher- und kundenorientierten Parkplätze auf öffentlichem Grund vor Gewerbeliegenschaften oder Ladengeschäften | VTE |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

3843. 2013/142
Ratsmitglied Marc Hohl (FDP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Marc Hohl (FDP 11) auf den 17. April 2013 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

3844. 2013/137
Postulat von Patrick Blöchliger (SD) und Christoph Spiess (SD) vom 10.04.2013:
Wasserrohrbruch an der Uetlibergstrasse, Entschädigung der betroffenen Mieterinnen und Mieter

Patrick Blöchliger (SD) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Der Wasserrohrbruch an der Uetlibergstrasse von Ende März war unbestritten ein grosses Ereignis. Ebenso gross sind die Nachwehen für die Mieterinnen und Mieter des betroffenen Hauses. Damit das möglichst zeitnah behandelt werden kann, beantragen wir Dringlichkeit. In zwei Jahren ist es vermutlich zu spät.

Der Rat wird über den Antrag am 15. Mai 2013 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

3845. 2013/119
Motion der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 4 Mitunterzeichnenden vom 03.04.2013:
Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke

Markus Knauss (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Ich möchte die Motion zum Veloweg über die Hardbrücke für dringlich erklären. Wir haben in der Verkehrskommission einen Bericht geschrieben und stellen entsprechend Antrag. Es wäre sinnvoll, gleichzeitig über die Motion zu befinden, um zu klären, wie es mit dem Projekt weitergehen soll.

Der Rat wird über den Antrag am 15. Mai 2013 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

3846. 2010/406
Weisung vom 03.04.2013:
Motion von A. Recher (AL) betreffend Einführung des konstruktiven Referendums, Änderung der Gemeindeordnung, Bericht und Abschreibung

Die Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 17. April 2013 umstritten.

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an das Büro des Gemeinderats: Die SVP-Fraktion beantragt, das Geschäft 2010/406 nicht wie vom Stadtrat beantragt der Präsidial-, Schul- und Sportkommission, sondern dem Büro zuzuweisen. Es wäre sinnvoller und effizienter. Das Büro hat sich bereits früher mit der Weisung beschäftigt und weiss, worum es geht.

Der Rat stimmt dem Antrag der SVP-Fraktion mit 63 gegen 54 Stimmen zu.

Damit ist das Geschäft dem Büro des Gemeinderats überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3847. 2013/114

Weisung vom 10.04.2013:

Tiefbauamt, Allmendstrasse (Entwicklungsgebiet Manegg), Landerwerb, Aufwertung Strassenraum, Radstreifen, Werkleitungs- und Strassenbau, Objektkredit

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 17. April 2013

3848. 2013/115

Weisung vom 03.04.2013:

Motion von Rebekka Wyler (SP) und Rolf Kuhn (SP) betreffend Verkehrsplanung 2025, Alternativprojekte zu Stadttunnel und Waidhaldentunnel, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 17. April 2013

3849. 2013/117

Weisung vom 03.04.2013:

Liegenschaftenverwaltung, Verlängerung und Änderung des Baurechtsvertrags für das Gewerbehäus «Örlikerhus» an der Thurgauerstrasse 68–72, Quartier Seebach

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 17. April 2013

3850. 2013/118

Weisung vom 03.04.2013:

Liegenschaftenverwaltung, Kauf einer Baulandreserve an der Mühlackerstrasse 193–199, Quartier Affoltern

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 17. April 2013

3851. 2013/110

Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 27.03.2013:

Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3852. 2013/120

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 03.04.2013:
Förderung von Teilzeitlehrstellen für Jugendliche und junge Erwachsene mit
Betreuungspflichten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3853. 2012/167

**Globalbudgetantrag von Matthias Probst (Grüne) und Bernhard Piller (Grüne) vom
11.04.2012:
Produktgruppen-Globalbudget Elektrizitätswerk (ewz), Einführung einer neuen
Steuerungsgrösse «% solarenergetisch genutzte Dachfläche von der total
energetisch nutzbaren Fläche»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Globalbudgetantrags zur Prüfung ab.

Matthias Probst (Grüne) begründet den Globalbudgetantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 2593/2012): Wir möchten beim Elektrizitätswerk der Stadt (ewz) die Steuerungsgrösse «% solarenergetisch genutzte Dachfläche von der total energetisch nutzbaren Fläche» einführen. Wir wollen nicht nur wissen, wie viel nutzbare Fläche überhaupt existiert, sondern auch, wie viel tatsächlich genutzt wird. Wir gehen davon aus, dass man seit der Einführung des 3D-Stadtmodells bei Geomatik und Vermessung über sehr genaue Daten bezüglich des Potenzials auf unseren Dächern verfügt. Es geht um Transparenz, wie weit der Ausbaustandard auf Stadtgebiet ist. Das ewz weiss am ehesten, wie viel Fläche insgesamt genutzt wird. Man könnte die Grösse in einer ersten Phase auch als Kennzahl verstehen, um die Entwicklung mitverfolgen zu können. Falls die Entwicklung nicht wie erwartet verläuft, möchten wir aber die Möglichkeit haben, allenfalls Änderungen an dieser Grösse vornehmen zu können. Insofern ist es ein Pilotversuch für einen Globalbudgetantrag. Das Globalbudget könnte ein Instrument sein, das man in Zukunft gezielt und intensiv nutzen könnte. Wir schaffen damit auch das Terrain für eine zukünftige Energiepolitik in der Stadt. Wenn die Steuerungsgrösse nicht funktioniert, können wir sie wieder entfernen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: Das ewz ist eine Pionierin im Solarstrombereich. Aber auch hier gilt es, Augenmass zu halten. Das ewz muss auch auf die Wirtschaftlichkeit achten. Der vorliegende Vorstoss erfüllt die Anforderungen der Globalbudgetverordnung nicht oder nur teilweise. In diesem Vorstoss ist nicht die ganze Wärmenutzung abgedeckt. Die Steuerungsvorgabe geht am Ziel vorbei. Der Vorstoss erfüllt aber auch die Steuerbarkeit nicht. Man kann prüfen, ob eine solche Zahl im Rahmen des statistischen Jahrbuchs erfasst und aufgenommen werden könnte. Will man die Kennzahl aber im Globalbudget haben, muss man Einfluss nehmen können, damit man die Zahl erreicht. Hier wird es schwierig, denn die meisten für Solaranlagen geeigneten Dächer gehören privaten Eigentümern. Wie sollte die Stadt hier Einfluss nehmen können? Bei geeigneten Dächern diskutieren wir bereits über eine mögliche Umsetzung. Für Steuerung und Messbarkeit muss ein tatsächlicher Bezug vom ewz zum Geschäft bestehen. Das ewz muss den Strom auch tatsächlich beziehen können. Auf die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) kann das ewz keinen Einfluss nehmen. Dort, wo wir Solaranlagen haben und die Eigentümerschaft selber den Strom nutzt, hat das ewz ebenfalls keinen Einfluss und man kann daher auch nichts steuern. Bei der Wirtschaftlichkeit hat das ewz noch weniger Einfluss. Ausserhalb der Stadt gibt es eine grössere Sonneneinstrahlung. Deshalb ist der Fokus des ewz nicht primär beim Solarstrom der Stadt. Wir sollten dem ewz hier nichts aufzwingen. Die Kostenfolgen wären unabsehbar. Wir bleiben aber am Thema Solarstrom dran.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): Die SVP erachtet die verlangte Steuerungsgrösse als unnötig. Man muss vielmehr aufhören, mit zahlreichen Vorschriften private Investitionen zu verhindern. Gerade bezüglich Investitionen in Warmwasseraufbereitung und Solarzellen auf einem Dach existiert eine grosse Menge an Vorschriften. Es werden heute Dachlandschaften geschützt, die aussehen wie im 19. Jahrhundert. Warum soll man in Zürich nicht eine Dachlandschaft haben wie im 21. Jahrhundert? Lassen Sie die Leute machen. Die SVP hat dazu einmal ein Postulat eingereicht. Es fordert, dass man die Vorschriften beseitigt, die private Investitionen in Warmwasseraufbereitung und Solarzellen behindern. Dadurch hätten wir neue Investitionen in Solarenergie. Solange die Investitionen auf dem Dach so massiv staatlich behindert werden, ist es sinnlos, eine Steuerungsgrösse einzuführen.

Andreas Kirstein (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die gesamte Globalbudgetgeschichte wird hier ad absurdum geführt. Gemäss Globalbudgetverordnung ist keineswegs ein so enger Zusammenhang zwischen einer Kennzahl und einer jeweiligen Produktgruppe gegeben. Wir anerkennen, dass mit einer Steuerungsgrösse wesentliche Teile der Globalbudgetverordnung nicht erfüllt werden können und schlagen deshalb mit unserem Textänderungsantrag vor, dass der Begriff «Steuerungsgrösse» durch «Kennzahl» ersetzt wird. Wenn das in dieser Menge von Kennzahlen innerhalb eines Globalbudgets nicht mehr möglich ist, ist die berühmte Flexibilität nicht mehr gegeben.

Dr. Davy Graf (SP): Das Anliegen ist wertvoll, aber in dieser Form nicht zielführend. Es handelt sich nicht um eine Steuerungsgrösse an sich. Eine Steuerungsgrösse sollte vom Akteur des Globalbudgets selber gesteuert werden können. So kann er ein Ziel mittels Förderungen und Anreizen auch erreichen. Er kann aber nicht über Enteignung arbeiten. Das ewz kann nicht über private Dächer verfügen. Wir lehnen es auch ab, dass man die Grösse als Kennzahl bezeichnet. Die Zahl wäre dann einfach transparent im Globalbudget enthalten. Doch es besteht keine gesetzliche Grundlage, dass das ewz die Kennzahl beeinflussen könnte. Das Globalbudget ewz verfügt bereits über eine Steuerungsgrösse zur Photovoltaik. Dort gibt es eine Zielgrösse. Wir haben auch eine Art Solarstrombörse. Das ewz sollte als Energielieferant der Stadt die photovoltaischen

Zielsetzungen umsetzen. Wir schlagen aber vor, dass die Grüne Partei ihr Anliegen auf einem anderen Weg einbringt.

Samuel Dubno (GLP): Es ist gut, dass man sich mit den Globalbudgets auseinandersetzt. Es ist richtig, dass nicht jede Steuerungsgrösse eine perfekte Steuerungsgrösse ist. In diesem speziellen Fall ist die GLP gegen die Einführung einer neuen Steuerungsgrösse. Die Globalbudgets sind folgendermassen aufgebaut: Man hat einen übergeordneten Teil, wo Ziel und Zweck einer solchen Abteilung bekannt gegeben werden. Es wird gesagt, was erreicht werden soll und wie viel Geld dafür ausgegeben werden soll. Ein weiterer Teil besteht darin, wie man den zu erzielenden Erfolg messen kann. Wenn man nun bei der Messung beginnen möchte, obwohl man eigentlich ein Ziel meint, scheint uns das der falsche Weg. Die Dächer sind zudem in den meisten Fällen nicht in städtischem Besitz und daher kaum steuerbar. Auch beim Textänderungsantrag sind die Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten des ewz nicht in ausreichendem Masse gegeben. In der Globalbudgetverordnung heisst es zudem, dass der Gemeinderat anlässlich der Behandlung des Voranschlags die Erhebung zusätzlicher Kennzahlen beschliessen kann. Man müsste das Anliegen eher im Rahmen der Budgetdebatte einbringen.

Niklaus Scherr (AL): Die Globalbudgets wurden stets mit dem Argument angepriesen, der Gemeinderat hätte dadurch die Möglichkeit, steuernd einzugreifen. Die Globalbudgetübungen werden jedoch in einer Sackgasse enden. Die Verwaltung pocht auf die Parameter. Wir haben versucht, das Ganze auf eine Kennzahl herunterzubrechen. Eine solche könnte man gemäss Stadtrat dann allenfalls aus dem statistischen Jahrbuch abfragen, das wäre aber im Zusammenhang mit einer Steuerungsmöglichkeit absurd.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Die CVP hat sich immer für die Globalbudgets eingesetzt, wo es Sinn macht. Der Antrag ist gut gemeint. Aber das Wort Steuerungsgrösse sagt es bereits: Es muss sich um etwas handeln, das man steuern kann. Sobald dies nicht möglich ist, ist es keine Steuerungsgrösse. Das ewz soll ein Budget und eine Planung machen. Der Vorstoss ist in der Realität nicht direkt umsetzbar. Der Textänderungsantrag bezüglich der Kennzahl ändert daran auch nicht viel. Eine solche Zahl kann man wie bereits erwähnt statistisch erheben. Das ist dann aber nur ein Ist-Zustand. Die CVP lehnt den Vorstoss ab.

Bernhard Piller (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden: Das ewz hat eine Pionierrolle eingenommen. Dazu gehört auch die Solarstrombörse. Es stellt sich aber durchaus die berechnete Frage, ob die Solarstrombörse wirklich das Gelbe vom Ei ist, ob es nicht die KEV ist oder ob man nicht noch weiter gehen müsste, entsprechend der Möglichkeit zu Steuerungs- oder Zielvorgaben. Der Globalbudgetantrag gibt uns die Möglichkeit, eine Zielvorgabe zu machen, steuernd einzugreifen oder eine Kennzahl einzuführen. Wir würden daher auch den Textänderungsantrag annehmen. Stadtrat Türler sprach von der Kostenfolge und Dr. Davy Graf (SP) sprach von der Gefahr der Enteignung. Es geht hier aber nicht um Kostenfolgen und es entsteht auch keine Gefahr einer Enteignung. Die Stadt besitzt sehr viele Dachflächen. Sind diese bekannt, kann man mit diesen arbeiten und sich auf eine mögliche Kennzahl ausrichten. Mit den Globalbudgets hätten ursprünglich Möglichkeiten geschaffen werden sollen, steuernd einzugreifen. Nun versuchen wir es, und die grossen Fraktionen stellen sich dagegen. Dazu kommt die Angst des Stadtrats, dass wir versuchen könnten, etwas nach einem politischen Willen zu steuern. Ich frage mich, ob wir diesbezüglich mit dem Globalbudget noch auf dem richtigen Weg sind.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, beim EWZ eine neue ~~Steuergrösse-Kennzahl~~ einzuführen: “% Solarenergetechnisch genutzte Dachfläche von der total energetisch nutzbaren Fläche“

Der geänderte Globalbudgetantrag wird mit 20 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3854. 2012/432

Weisung vom 21.11.2012:

Liegenschaftenverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 9074 m² Bauland an die Früh Immobilien AG und die W. Schmid & Co im Glattpark, Opfikon

Antrag des Stadtrats

1. Der Vertrag vom 2. November 2012 mit der Früh Immobilien AG, Wallisellen, und der W. Schmid & Co, Opfikon, über den Verkauf des 9074 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. 8176 an der Dufaux-Strasse im Glattpark in Opfikon zum Preis von Fr. 19 400 000.– wird genehmigt.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Postulat von Catherine Rutherford vom 7. Dezember 2011 (GR Nr. 2011/452) wird abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Es geht um ein 9074 m² grosses Grundstück an der Dufaux-Strasse im Glattpark Opfikon. Die Weisung beantragt dem Gemeinderat, dem Vertrag mit der Früh Immobilien AG und der W. Schmid & Co über den Verkauf des Grundstücks zuzustimmen. Durch den Verkauf würden rund 19 Millionen Franken in die Stadtkasse fliessen und die Stadt würde von einem Buchgewinn von 13,5 Millionen Franken profitieren. Die Käuferschaft möchte ihr bestehendes Gebiet im Glattpark ergänzen und ein Projekt mit 180 bezahlbaren 2,5- bis 5,5-Zimmer-Eigentumswohnungen mit Kinderhort, Spitex, Gemeinschaftsräumen und Parkieranlagen realisieren. Die Ausnutzung beträgt 96 %. Das Baukollegium der Stadt Opfikon empfiehlt die Ausführung. Zur vorliegenden Landparzelle existiert das Postulat 2011/452 von Catherine Rutherford (AL). Darin wird gefordert, dass auf diesem Landstück gemeinnütziger Wohnungsbau entstehen müsse. Die Stadt sieht es jedoch nicht als ihre Aufgabe, gemeinnützigen Wohnungsbau in anderen Gemeinden zu forcieren. Um das Postulat aber in einem vertretbaren Rahmen zu erfüllen, haben wir ein Paket geschnürt. Das dazugehörige Geschäft wird in der nachfolgenden Weisung behandelt: Die Stadt verkauft der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) ein grosses Landstück zu wesentlich geringeren Quadratmeterpreisen für Mietwohnungen im gemeinnützigen Wohnungsbau.

Rückweisungsantrag

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Niklaus Scherr (AL): Neben der künftigen ABZ-Parzelle im Glattpark ist eine genossenschaftliche Wohnüberbauung der Baugenossenschaft Glatttal in Bau. Die Implan hat ein Projekt für 45 Eigentumswohnungen und 81 Mietwohnungen entwickelt und den

Mietwohnungsanteil an die Baugenossenschaft Glatttal verkauft. Dieses Modell hat uns zu unserem Rückweisungsantrag inspiriert. Wir verlangen, dass die Stadt mit der Käuferschaft W. Schmid & Co und Früh Immobilien AG eine Vereinbarung trifft. Diese soll über den Grundbucheintrag sicherstellen, dass ein Teil der geplanten Gesamtüberbauung an einen gemeinnützigen Bauträger abgetreten wird. Die Stadt sollte das Land nicht vorbehaltlos für den Bau von Eigentumswohnungen vergeben. Das Areal Glattpark befindet sich unmittelbar angrenzend an Stadtzürcher Gebiet. Dieses Gebiet wird in zwanzig bis dreissig Jahren vielleicht Teil eines «Greater Zurich» sein. Begrenzt man bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnbau auf das Stadtgebiet, hätte das auch Folgen für die Preisfestsetzung: Land, das für Mietwohnungsbau abgetreten wird, hat einen tieferen Preis als Land für den Bau von Eigentumswohnungen. Ich spreche immer noch vom Abtreten dieses Landstücks zum Verkehrswert.

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Das Geschäft im Glattpark ist an ein anderes Geschäft der ABZ gekoppelt. Beide zusammen bilden ein sinnvolles Paket, das verschiedenen Anspruchsgruppen gerecht wird. Die Bevölkerung von Zürich hat in einer Volksabstimmung zu einem Wohnbaukredit auch 5 Millionen Franken zur Förderung des Privateigentums gutgeheissen. Dieses Anliegen wurde bis heute nicht umgesetzt. Die Weisung erfüllt den Volksentscheid zwar nicht, ist aber ein Ansatz. Die Käuferschaft hat ein auf Eigentümer ausgerichtetes Projekt entwickelt. Das Konzept der Siedlung würde völlig verändert, wenn man plötzlich die Hälfte an eine Genossenschaft abgeben würde. Es könnten Konflikte innerhalb der Wohnbausiedlung entstehen. Die Stadt sollte sich zudem nicht gegen die Planungsideen der Stadt Opfikon stellen. Nicht zuletzt resultiert aus dem Verkauf ein ansehnlicher Buchgewinn von 13,5 Millionen Franken. Bei einer Abgabe des Landstückes für Mietwohnungen wäre dieser wesentlich tiefer. Die nachfolgende Weisung behandelt den Verkauf an die ABZ von 23 000 m² für 280 Wohnungen und Gewerberäume. Dieses Geschäft ist mit einem Baurecht gekoppelt, das die ABZ an der Erikastrasse für gut 50 Alterswohnungen gewähren möchte.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Pawel Silberring (SP): Wir haben im September 2010 in der Kommission über den Landtausch gesprochen und uns erkundigt, wem die Nachbarparzelle gehöre. Die Antwort lautete, sie habe der ZKB gehört, die sie dann an die Früh Immobilien AG verkaufte. Weiter wurde gesagt, dass die ZKB über den anstehenden Tausch informiert sei. Zu diesem Zeitpunkt lag dem Finanzdepartement bereits ein schriftliches Kaufangebot für das nun zur Diskussion stehende Landstück vor. Das wurde damals nicht offengelegt. Zudem kommunizierten wir klar, dass wir Grundstücke künftig nur noch in Ausnahmefällen verkaufen möchten und sowohl inner- als auch ausserhalb der Stadt nur im Baurecht abgeben möchten. Ähnlich äusserten sich auch die Grünen. Das Finanzdepartement hat im Wissen um diese Positionsbezüge den Kauf vorangetrieben und einen Sachzwang geschaffen. Für uns ist der Rückweisungsantrag der Mehrheit eine Möglichkeit, einen Scherbenhaufen zu vermeiden. Der Investor kann sein Projekt bauen, er wird aber nicht den Maximalertrag erreichen. Dafür käme man ihm auch preislich etwas entgegen, indem man den Landwert für Mietwohnungen ansetzen würde.

Niklaus Scherr (AL): Es wurde nun der Eindruck erweckt, das Postulat Rutherford sei mit dem Verkauf an die ABZ erfüllt. Das Postulat lautete aber wie folgt: «Der Stadtrat wird gebeten, beim Verkauf der 9074 m² grossen städtischen Parzelle 8176 im Glattpark eine Vereinbarung mit dem Käufer zu prüfen, die sicherstellt, dass ein Teil oder die ganze Gesamtüberbauung nach den Kriterien der Kostenmiete des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellt werden.» Es ging um diese Parzelle. Auch in der Begründung wird auf das Projekt der Baugenossenschaft Glatttal und das angedachte Landgeschäft

mit der ABZ verwiesen. Das, was hier gemacht wird, erfüllt das Postulat Rutherford nicht.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Weisung wird zurückgewiesen mit dem Auftrag, mit dem Käufer eine Vereinbarung zu treffen, die über einen Grundbucheintrag sicherstellt, dass ein dem städtischen Landanteil entsprechender Teil der vom Käufer geplanten Gesamtüberbauung einem gemeinnützigen Bauträger abgetreten wird. Bei der Preisfestsetzung soll entsprechend der Landwert für den Bau von Mietwohnungen angesetzt werden.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Mehrheit:	Niklaus Scherr (AL), Referent; Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 58 gegen 61 Stimmen ab.

Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Das Finanzdepartement hat in den letzten Jahren ausserhalb der Stadt mehrmals Landreserven verkauft und mit den Erträgen Landkäufe auf Stadtgebiet finanziert. So verfügt Zürich über finanziellen Spielraum, weiterhin aktiv zu agieren. Würde der Buchgewinn in eine separate Kasse einer städtischen Stiftung fliessen, würden dem Finanzkreislauf der Stadt künftig die Mittel für Investitionen fehlen. Die Stiftung für Alterswohnungen (SAW) hat 2012 mit einem Überschuss von 6,2 Millionen Franken abgeschlossen, verfügt über Reserven von 85,5 Millionen Franken und ein Grundkapital von 61,6 Millionen Franken. Damit hätte sie genügend Mittel, um ihre Bedürfnisse in den nächsten Jahren abzudecken. Der SAW diesen Betrag einfach so zuzuhalten, halten wir nicht für eine nachhaltige Finanzpolitik der Stadt. Die Stimmbevölkerung hat in den letzten Jahren immer wieder Wohnbaukrediten für einzelne Stiftungen befürwortet. Ein guter Teil dieser Beträge kam der SAW bereits zu.

Gabriele Kisker (Grüne): Der Grundsatzartikel zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verpflichtet. Wird Boden verkauft, gilt es, die Geldmittel zweckgebunden wieder einfließen zu lassen. Unserer Meinung nach sollte die SAW mit dem Buchgewinn unterstützt werden. Der Stiftungsinhalt ist eine Bereitstellung von Vermietung von preisgünstigem Wohnen an betagte Einwohner der Stadt. Die Nachfrage nach bezahlbaren Alterswohnungen ist gross. Ein Umzug in eine kleinere Wohnung ist für ältere Menschen häufig unattraktiv, da die kleinere Wohnung oft teurer ist. Die SAW entlastet den überhitzten Wohnungsmarkt damit in zweifacher Hinsicht. Zudem bietet die Stiftung auch soziale und pflegerische Dienstleistungen an, die es den alten Menschen ermöglichen, bis ans Lebensende in diesen Wohnungen zu bleiben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Wir haben die Stiftungen bereits 2005 so ausgestattet, dass sie ihren Zweck erfüllen können. Deshalb sind die rund 61 Millionen Franken Stiftungskapital überhaupt da. Es macht keinen Sinn, gut ausgestaffierte Stiftungen, die in der Zwischenzeit zu mittleren Bauunternehmern mutierten, wiederholt mit Geld zu versorgen, das sie gar nicht ausgeben können. Wir brauchen freies Eigenkapital, damit wir Handlungsspielraum haben. Sonst kommen wir gerade bei den Investitionen in Situationen, die uns irgendwann den Handlungsspielraum rauben und es nicht mehr erlauben, die Aufgabe zum gemeinnützigen Wohnungsbau zu erfüllen.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1a Im Ausmass des Buchgewinns von 13,5 Mio. Fr. wird der Stiftung SAW ein Beitrag zur Erhöhung des Stiftungskapitals (Zuwachskapital) zulasten von Konto Nr. 2000.523104 bewilligt. Dieser ist zweckgebunden für den Erwerb von Gewerbe und/oder Wohnliegenschaften im Sinne der Stiftungsstatuten zu verwenden.

Mehrheit:	Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)
Minderheit:	Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Referentin; Niklaus Scherr (AL)
Enthaltung:	Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Referentin; Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 58 gegen 61 Stimmen ab.

Dispositivziffer 2

Niklaus Scherr (AL): *Wir stellen den Antrag, die Abschreibung nicht zu bewilligen.*

Kommissionsreferentin:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): *Für uns ist das Postulat Rutherford in dieser Weisung unter Berücksichtigung des gesamten Pakets erfüllt.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

- Zustimmung: Cécilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)
- Enthaltung: Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Referentin; Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 61 gegen 18 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Vertrag vom 2. November 2012 mit der Früh Immobilien AG, Wallisellen, und der W. Schmid & Co, Opfikon, über den Verkauf des 9074 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. 8176 an der Dufaux-Strasse im Glattpark in Opfikon zum Preis von Fr. 19 400 000.– wird genehmigt.
Unter Ausschluss des Referendums:
2. Das Postulat von Catherine Rutherford vom 7. Dezember 2011 (GR Nr. 2011/452) wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. April 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Mai 2013)

3855. 2012/433

Weisung vom 21.11.2012:

Liegenschaftsverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 23 909 m² Bauland an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ)

Ausstand: Andreas Kirstein (AL)

Antrag des Stadtrats

1. Der Kaufvertrag vom 9. März 2012 über den Verkauf der Grundstücke Kat.-Nrn. 8205 und 8209 an der Wright-Strasse, Opfikon, mit einer Gesamtfläche von 23 909 m² an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich zum Preis von Fr. 35 477 000.– wird genehmigt.
Unter Ausschluss des Referendums:
2. Das Postulat von Walter Angst und Christine Stokar Gasser vom 1. Oktober 2008 (GR Nr. 2008/461) sowie das Postulat von Walter Angst vom 29. Juni 2011 (GR Nr. 2011/234) werden als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Dispositivziffer 1:

Dr. Pawel Silberring (SP): Die Stadt möchte für 35,5 Millionen Franken ein Grundstück von knapp 24 000 m² an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ) verkaufen. Dies würde einem Quadratmeterpreis von 1484 Franken entsprechen. Die Stadt gibt das Land für Mietwohnungen zum Verkehrswert ab. Man kann somit nicht von einer Subventionierung ausserhalb der Stadtgrenzen sprechen. Der erwartete Buchgewinn

beläuft sich auf 18,2 Millionen Franken. Im Gegenzug wird die ABZ der Stiftung für Alterswohnen (SAW) an der Erikastrasse in Wiedikon im Baurecht ein Grundstück von rund 1800 m² abgeben. Ursprünglich wollte die Stadt das Landstück übernehmen. Die in der Genossenschaft für einen Landverkauf benötigte Mehrheit von 75 % wurde jedoch nicht erreicht. Dadurch entsteht im Grunde eine Asymmetrie: Die Stadt gibt ein Grundstück zum Verkehrswert ab, während die ABZ ihr Grundstück nur im Baurecht abgeben kann. Mithilfe der Weisung können aber auch die Postulate 2008/461 und 2011/234 als erledigt abgeschrieben werden. Die ABZ plant auf dem Grundstück 280 Wohnungen mit einem breiten Mix. Die Mieten betragen brutto gemäss ABZ zwischen 1270 Franken für eine 2,5-Zimmer-Wohnung und 2060 Franken für eine 6,5-Zimmer-Wohnung. Die Kommissionsmehrheit erachtet dieses Geschäft als ausgewogen: Die Stadt erhält Land, das dringend für Alterswohnungen benötigt wird, zudem entsteht ein ansehnlicher Buchgewinn für die Stadtkasse und unmittelbar neben der Stadtgrenze entsteht Wohnraum, der der Spekulation entzogen ist.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 1:

Urs Fehr (SVP): *Wir sind nicht primär gegen einen Verkauf. Unserer Meinung nach sollte man das Land jedoch an den Meistbietenden verkaufen. Davon würde auch der Steuerzahler profitieren. Je mehr Geld in die Stadtkasse fliesst, umso besser für den Steuerzahler. Auch wenn es sich um ein Gegengeschäft zur Erikastrasse handelt, sehen wir nicht ein, weshalb man das Landstück so günstig verkaufen soll.*

Weitere Wortmeldung:

Christoph Spiess (SD): *Wir Schweizer Demokraten lehnen die Weisung ebenfalls ab. Wir sind nicht gegen das genossenschaftliche Wohnungswesen. Es wäre durchaus in unserem Sinne, dass man auf diesem Landstück nicht noch mehr teure Eigentumswohnungen baut. Wir lehnen aber grundsätzlich jede Überbauung von bisher landwirtschaftlich genutztem und weiterhin nutzbarem Land ab. Mit der stark gewachsenen Bevölkerung können wir es uns schlicht nicht leisten, noch mehr Boden zu vernichten.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Dominique Feuille (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Linda Bär (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Urs Fehr (SVP), Referent; Beat Camen (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 22 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsreferent:

Dr. Pawel Silberring (SP): *Wir beantragen, mithilfe dieser Weisung die zwei erwähnten Postulate abzuschreiben.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Zustimmung Dominique Feuillet (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Linda Bär (SP), Beat Camen (SVP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Kaufvertrag vom 9. März 2012 über den Verkauf der Grundstücke Kat.-Nrn. 8205 und 8209 an der Wright-Strasse, Opfikon, mit einer Gesamtfläche von 23 909 m² an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich zum Preis von Fr. 35 477 000.– wird genehmigt.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Postulat von Walter Angst und Christine Stokar Gasser vom 1. Oktober 2008 (GR Nr. 2008/461) sowie das Postulat von Walter Angst vom 29. Juni 2011 (GR Nr. 2011/234) werden als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. April 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Mai 2013)

3856. 2011/335

Postulat von Joachim Hagger (FDP) und Alexander Jäger (FDP) vom 14.09.2011: Errichtung eines automatischen, kostenpflichtigen Parkiersystems für Velos

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Joachim Hagger (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1707/2011): *Mit dem Bevölkerungswachstum und der zunehmenden Mobilität brauchen wir intelligente und innovative Lösungen. Eine automatische Veloparkierstation kann platzsparend und in der Regel unterirdisch gebaut werden. Man hält oberirdisch vor einem Liftschacht eine Karte hin, die Tür öffnet sich, man stellt das Velo hinein und es wird automatisch parkiert. Solche Anlagen können im Vergleich zu manuellen Anlagen problemlos mehrstöckig gestaltet werden. Es braucht zudem weder Zufahrts- noch Manövrierewege. Wir sparen Platz, aber nicht auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer. Die Anlagen sind diebstahlgeschützt und von der Sicherheit her auch nachts problemlos zugänglich. Die Zugänge an der Oberfläche sind hell beleuchtet. In Holland oder Ostasien existieren bereits solche Anlagen. Aufgrund unseres Postulats wurde im Budget bereits ein Betrag für Projektierungsarbeiten eingestellt. Mit der Überweisung des Postulats möchten wir der Verwaltung den Rücken stärken und einen Schub in Richtung einer innovativen Lösung geben.*

Simone Brander (SP) begründet den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 28. September 2011 gestellten Textänderungsantrag: *Die SP findet das Postulat bis auf das Wort «kostenpflichtig» gut. Wir wollen dem Stadtrat die Wahl überlassen, ob das System kostenpflichtig werden soll oder nicht. Es gibt verschiedene Systeme mit Mün-*

zen oder Kreditkarten. Derartige Systeme wären aber teuer und zu bürokratisch. Der Stadtrat hat mit dem Masterplan Velo bereits ein starkes Zeichen zur Förderung des Velofahrens in Zürich gesetzt. Beim Budget haben wir dem Antrag zugestimmt. Das Projekt ist gut unterwegs. An der letzten Sitzung der Velowegkommission konnten wir uns verschiedene Beispiele vorstellen lassen, wie ein solches automatisches Veloparksystem aussehen könnte. Wir stimmen allerdings nur zusammen mit der Textänderung zu, das Wort «kostenpflichtig» zu streichen. Ein unverändertes Postulat würden wir ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Matthias Probst (Grüne): Die Idee ist prüfenswert. Mit dem automatischen Veloparkiersystem kann man jedoch nicht alle Probleme im Zentrum im Zusammenhang mit dem Velo lösen. Es gibt zu wenig Platz für das Velo. Man wird die Anlagen aus Kostengründen wohl eher oberirdisch umsetzen müssen. Die Attraktivität wäre dann auch grösser. Der Stadtrat soll das Projekt prüfen und uns mitteilen, was er davon hält und was es kosten würde. Ich kann noch nicht garantieren, dass wir auch einem Kredit zustimmen würden. Je nachdem, wie dieser aussieht, sind die Chancen allerdings intakt. Mit dem Textänderungsantrag der SP wären wir einverstanden. Wir würden aber auch dem ursprünglichen Antrag zustimmen.

Kurt Hüssy (SVP): Wir können das Postulat nur unterstützen. Zahlreiche Velos stehen jeweils kreuz und quer um die Bahnhöfe und behindern auch die Fussgänger. Dieses Problem kann mit solchen Veloparkiersystemen sauber gelöst werden. Zudem sind die Velos auf platzsparende Art diebstahlsicher versorgt und geschützt. Sinnvoll ist auch, dass die Systeme am Ende durch die Benutzer finanziert werden. Der Velofahrer zahlt eine kleine Gebühr und kann sich darauf verlassen, dass das Velo sicher aufgehoben ist. Ob dann wirklich alle Velofahrer ihr Velo in dieser Anlage versorgen oder ob es ihnen nicht doch zu teuer ist, bleibt offen. Wir finden aber, das Projekt ist einen Versuch wert.

Guido Trevisan (GLP): Die GLP findet den Ansatz, dass Veloparkplätze an zentralen Standorten kostenpflichtig sein dürfen, prüfenswert. Vom automatischen Betrieb sind wir jedoch nicht überzeugt und beantragen deshalb, den Begriff «automatisch» zu streichen. Beim automatischen Autoparking im Seefeld haben wir nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Das Parkhaus führt bei den Benutzern aufgrund seiner Defekte immer wieder zu Unmut. Für uns gehört es zur Verlässlichkeit eines Transportmittels, dass das Parkhaus zur Verfügung steht. Bei einem automatischen System ist das aus technischen Gründen nicht unbedingt jederzeit gewährleistet. Eine automatisierte Lösung wäre sicherlich platzsparend, aber auch sehr kostenintensiv. Eine Lösung mit Sponsoren wäre für uns prüfenswert. Das bereits überwiesene GLP-Postulat bezüglich beschränkter Aufenthaltsdauer für Velos rund um Bahnhöfe wird unserer Meinung nach zudem bereits zu einer effektiveren Nutzung führen. Wir befürworten mehr Parkplätze grundsätzlich, auch wenn diese kostenpflichtig sind, empfehlen jedoch, auf automatische Veloparkierungsanlagen zu verzichten.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die EVP erachtet es ebenfalls als eine gute Idee, an gewissen Orten Veloparkplätze mit höherem Komfort gegen Gebühr zur Verfügung zu stellen. Das richtige Wort wäre hier allerdings nicht kostenpflichtig, sondern gebührenpflichtig. Meiner Meinung nach kann man dem Postulat auch ohne die beantragten Textänderungen zustimmen. Viele Velofahrer bevorzugen einen sicheren und komfortablen Ort für ihr Velo und sind bereit, entsprechend dafür zu bezahlen. Diese Lösung soll aber nicht obligatorisch sein. Es geht hier um eine zusätzliche Variante, die der Ordnung und den guten Velos dient und darum auch durch die Velofahrer mitfinanziert werden soll.

Joachim Hagger (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Wir lehnen die Textänderung der GLP ab und nehmen die Textänderung der SP an. Dadurch kann man eine gewisse Flexibilität einbauen. Wir glauben aber nach wie vor nicht, dass die Anlage ohne Gebühren finanziert werden könnte.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er an einem geeigneten zentralen Standort eine Anlage für ein automatisches, kostenpflichtiges Parkiersystem für Velos erstellen kann.

Das geänderte Postulat wird mit 83 gegen 32 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3857. 2011/358

Postulat von Matthias Probst (Grüne) und 4 Mitunterzeichnenden vom 28.09.2011: Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1786/2011): *Wir möchten, dass der Stadtrat ein Konzept erstellt, wie man die Josefstrasse durchgehend als Haupt-Velo-Achse für das Quartier ausbauen kann. Verschiedene Grundsätze sollen verankert werden, so etwa durchgehender Vortritt für Velofahrende oder eine mindestens zwei Meter breite Velospur. Die Josefstrasse soll keine Durchgangsstrasse mehr für Autos sein. Wir möchten Parkplätze aufheben und Platz für Fussgänger, Grünraum oder Boulevard-Gastronomie schaffen. Damit wollen wir bisherige Verkehrsmuster aufbrechen und den Wandel der städtischen Bevölkerung mittragen. Das Velo ist ein effizientes und beliebtes Transportmittel. Die Josefstrasse ist bereits heute eine wichtige Achse für Velos. Die Idee könnte aber auch an einer anderen, quer durch das Quartier verlaufenden und stark genutzten Strasse umgesetzt werden. Mit dem Text wollen wir kreative Leitplanken bezüglich der Richtung geben. Daher werden wir auch die Textänderungsanträge nicht annehmen.*

Martin Bürlimann (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Oktober 2011 gestellten Ablehnungsantrag: *Das Postulat will aus der Josefstrasse eine Veloachse machen. Die Grünen übernehmen hier im Grunde ein Konzept der SVP: Verkehr braucht Hauptachsen, wo er ungehindert fließen kann, man muss Distanzen möglichst ungehindert zurücklegen können. Das Problem bei diesem Vorstoss ist jedoch, dass er auf Kosten der anderen Verkehrsteilnehmer geschieht. Die Velowege in Zürich sind sehr mangelhaft. Mit dem Postulat werden sie nicht besser.*

Weitere Wortmeldungen:

Mario Mariani (CVP): *Die CVP findet die Idee an sich grundsätzlich gut. Velowege sind dann attraktiv, wenn sie abseits der grossen Verkehrsachsen angelegt werden. Das wäre hier der Fall. Wir haben allerdings einen Textänderungsantrag. Ein grosser Teil von «dazu soll der motorisierte Individualverkehr» bis «verschoben werden» sollte gestrichen werden. Wir finden es richtig, dass an der Josefstrasse eine Veloroute geprüft und attraktiv gestaltet wird, also zum Beispiel dem Velofahrer den Vortritt lässt oder ausnahmsweise einen Parkplatz aufhebt. Wir möchten aber nicht, dass das so im Pos-*

tulatatext festgehalten ist.

Joachim Hagger (FDP): Gemäss Begründung soll das Velo als funktionales Transportsystem dienen. Man beginnt, aus dieser Idee die Strasse aufzumöblieren. Man schafft zwar zuerst Platz für das Velo, aber schafft dann Begegnungszonen, in denen die Fussgänger dann wieder Vortritt haben. Die Velos müssten womöglich um die Tische der Restaurants herumfahren. Die Idee ist grundsätzlich nicht schlecht. Sie ist ein Experiment wert, aber man sollte auf das Drumherum verzichten. Wir möchten den Text deshalb auf folgende Version reduzieren: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Josefstrasse als Velobahn genutzt werden kann.»

Mauro Tuena (SVP): Ich bin erstaunt über den Stadtrat, der das Postulat entgegennimmt. Die Vorlage ist in hohem Masse gegen den motorisierten Individualverkehr gerichtet, der massgebend zur Wirtschaft in unserer Stadt beiträgt. Es darf nicht geschehen, dass der Stadtrat beginnt, solche Vorstösse entgegenzunehmen oder an anderen Routen ebenfalls umzusetzen. Der Grüne-Fraktion reicht ein Veloweg nicht mehr, sie verlangt in Zukunft sogar so breite Velowege, dass die Velos parallel nebeneinander fahren können. Wie soll das in der Stadt mit den knappen Platzverhältnissen an anderen Orten umgesetzt werden? Das wäre nur zu extremen Ungunsten des motorisierten Individualverkehrs möglich. Man sollte sich hier gut überlegen, welche Zeichen man setzen will.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Vorstoss ist unsinnig. Die Textänderungen machen ihn nicht besser. Mit solchen Vorstössen wird dem motorisierten Individualverkehr der Krieg erklärt. Wenn dieses Beispiel Schule macht, wird das Autofahren in der Stadt unmöglich. Es werden zahlreiche Parkplätze unter unglaublichen Begründungen abgebaut. Man will den Velos offensichtlich alle Macht zukommen lassen. Beim vorhergehenden Vorstoss zum automatischen Veloparkiersystem hat man es sogar fertiggebracht, dass das Parkiersystem für Velofahrer kostenlos sein soll.

Dr. Martin Mächler (EVP): Es handelt sich um ein prüfenswertes Projekt. Die Josefstrasse ist ein idealer Ort, um so etwas zu erproben. Die Strasse ist eben, liegt inmitten eines Quartiers und nicht direkt an einer Hauptverkehrsachse. Es gibt viele Velofahrer in dieser Gegend. Der Stadtrat sollte das Anliegen prüfen. Das heisst nicht, dass es um jeden Preis so umgesetzt werden muss, wie es postuliert ist. Die Textänderung der CVP ist sympathisch. Ich könnte das Postulat aber auch ohne Textänderung annehmen.

Dominique Feuillet (SP): Die Idee ist eine wichtige Entwicklung in der Verkehrspolitik der Stadt. Aus Erfahrung weiss man: Trennt man den motorisierten Individualverkehr nicht vom Langsamverkehr, gibt es Schwierigkeiten. Das Postulat fordert, dass in der Stadt Achsen gebaut werden, die nicht für den motorisierten Individualverkehr, sondern für Velos und Fussgänger gedacht sind. Die ganze Stadt ist voll von Achsen, auf denen der motorisierte Individualverkehr am meisten Platz einnimmt. Die Velofahrer und Fussgänger brauchen unbedingt mehr Platz.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Josefstrasse ist eine der schönsten Strassen von Zürich. Im Moment gibt es dort sehr wenig Platz für die Velofahrer. Die Autofahrer drängen die Velofahrer in die Parkplätze ab. Viele Velofahrer benutzen diese Route schon heute. Es ist der schnellste Weg von Zürich West Richtung Hauptbahnhof. Es ist sinnvoll, hier eine Velo-Haupt-Achse einzurichten. Die Leute wollen mit dem Velo fahren und dabei auch vorwärtskommen. Dazu braucht es Platz, damit man auch einmal ein anderes Velo überholen kann. Das ist bei einem normalen Velostreifen kaum möglich.

Das Postulat wird mit 71 gegen 45 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3858. 2011/383

Interpellation von Jacqueline Badran (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 05.10.2011:

Lohndumping bei Auftragsverhältnissen mit der Stadt, Umfang und Massnahmen zur Verhinderung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 295 vom 7. März 2012).

Rebekka Wyler (SP) verzichtet auf eine Stellungnahme.

Das Geschäft ist erledigt.

3859. 2011/464

Postulat von Salvatore Di Concilio (SP), vertreten durch Dr. Pawel Silberring, vom 07.12.2011:

Paradeplatz, Errichtung eines Trinkwasser-Brunnens

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Dr. Pawel Silberring (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2062/2011): Das Postulat verlangt einen einfachen Trinkbrunnen am Paradeplatz. Es geht lediglich um eine Trinkgelegenheit beim Warten auf das Tram. Der bestehende Brunnen ist nur für grosse Leute geeignet. Wenn am Paradeplatz das nächste Mal etwas gebaut wird, könnte man bei dieser Gelegenheit gleich noch einen geeigneten Brunnen aufstellen. Der Anschluss dürfte dann schnell gemacht sein. Es geht hier nicht um Übermöblierung. Die ausländischen Besucherinnen und Besucher staunen immer wieder, dass man bei uns das Hahnenwasser einfach so trinken kann. Der dicht belebte Paradeplatz dürfte ein guter Ort sein, um das den Besuchern zu demonstrieren.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements in Vertretung der Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Zürich ist weltweit vermutlich die Stadt mit den meisten Brunnen. Es gibt kaum eine Ecke ohne Trinkbrunnen. Ich schätze das ausserordentlich. Beim Paradeplatz gibt es aber zwei Probleme. Im Umkreis von dreissig Metern hat es bereits zwei Brunnen: Auf dem Zeughausplatz, der optisch mit dem Paradeplatz einen einzigen Platz bildet, und hinter dem Sprüngli. Die Versorgung ist bereits sichergestellt. Der Paradeplatz ist zudem extrem frequentiert. Wo will man den Brunnen platzieren, ohne dass man die Passantenströme von Einkauf und öffentlichem Verkehr stört? Es ist nicht sinnvoll, an einem so dicht frequentierten Ort alle zehn Meter einen Brunnen aufzustellen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Martin Bürlimann (SVP):** Man kann solche Wünsche anlässlich von Umbauten und Platzgestaltungen anbringen. Vor nicht allzu langer Zeit wurde der Paradeplatz umgebaut. Jetzt ist der Sonderwunsch fehl am Platz. Auch bei anderen Platz-*

gestaltungen hat die SVP vorgeschlagen, dass man schlichte und praktische Brunnen hinstellt oder auch mal einen der kupfernen Notbrunnen. Man sollte praktische Modelle ohne künstlerischen Schnickschnack wählen. Die SVP lehnt das Postulat ab, unterstützt aber die Idee nach schlichten Trinkbrunnen bei Platzneugestaltungen oder Parkanlagen.

Jürg Ammann (Grüne): Die Grünen unterstützen das Postulat. Will man am Paradeplatz Wasser trinken, geht man entweder für einen Franken ins ZüriWC und trinkt das Wasser vom Lavabo oder versucht es beim bestehenden Brunnen auf dem Platz. Dort hat aber ein normal grosser Mensch Mühe und kommt höchstens mit einer Flasche bequem zu Wasser. Der Brunnen hinter dem Sprüngli ist für den durchschnittlichen Tourist, der am Paradeplatz umsteigt, zu wenig zentral. Letztes Jahr haben wir in der Budgetdebatte die Oxymount-Geräte für die städtischen Angestellten verbannt und auf das Trinkwasser verwiesen. Den Touristen wiederum will man das Wasser nicht zumuten. Der Brunnen hätte einen Durchmesser von rund vierzig Zentimetern. Es ist unglaublich, dass er auf dem Paradeplatz keinen Platz haben soll.

Das Postulat wird mit 60 gegen 54 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3860. 2011/468

Postulat von Michel Urben (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 07.12.2011: Realisierung einer Veloroute zwischen Sternen Oerlikon und der Tramstation Hirschwiesenstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michel Urben (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2066/2011): Beim Postulat geht es um die Weiterführung der Schaffhauserstrasse als Veloweg. Konkret geht es um das Velokreuz Schaffhauserstrasse/Oerlikonerstrasse und das Teilstück des Velowegs Richtung Milchbuck. Velofahrerinnen und Velofahrer wählen an diesem Punkt oft den Veloweg auf der Schaffhauserstrasse und verzichten auf den im ersten Teil relativ steilen Veloweg auf der Oerlikonerstrasse. Der Weg wird sogar vom städtischen Veloroutenplaner als Route vorgeschlagen und an der Verzweigung ist ein entsprechendes Velopiktogramm aufgezeichnet, dessen Pfeile eine Weiterführung des Velowegs an der Schaffhauserstrasse signalisieren. Wir sollten den vorgeschlagenen Veloweg für die schwächsten Verkehrsteilnehmer auf dieser Strasse deshalb auch markieren. Die velofahrende Bevölkerung möchte schliesslich möglichst direkt von A nach B kommen.

Kurt Hüssy (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 11. Januar 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Die Strasse ist auf diesem Streckenabschnitt sehr breit. Ich sehe hier keine dringende Notwendigkeit für einen Veloweg. Autos haben beim Überholen eines Velos die Möglichkeit, auf die Tramspur auszuweichen. An der Schaffhauserstrasse ist es vielleicht bei den Traminseln etwas schmal. Die meisten Velofahrer wählen aber vermutlich ohnehin den verkehrsarmen Weg über die Gubelstrasse und Oerlikonerstrasse. Diese Strecke ist sehr sicher und nicht anstrengender als der Weg über die Schaffhauserstrasse. Wir hätten hier schon lange einen Veloweg, wenn er notwendig wäre. Wir sehen keinen Handlungsbedarf und lehnen das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Heinz F. Steger (FDP): Die Postulanten fordern eine Veloroute auf der Schaffhauserstrasse. Diese wäre breit genug und ein Veloweg wäre realisierbar. Die Postulanten verlangen aber im Text, dass der Weg «auf der Schaffhauserstrasse selbst oder auf alternativen Routen realisiert werden kann. Für das steile Teilstück auf der Oerlikonerstrasse zwischen Gubelstrasse und Allenmoosstrasse soll nach Möglichkeit eine andere Lösung gesucht werden.» Das beschriebene steile Teilstück liegt in Wirklichkeit zwischen der Gubelstrasse und der Regensbergstrasse. Diese befindet sich rund 200 Meter vor der Allenmoosstrasse. Das Gebiet dazwischen ist flach. Das erwähnte steile Teilstück ist tatsächlich etwas anstrengend. Man kann als Velofahrer aber auch die leichtere Variante über die Schaffhauserstrasse nehmen oder alternativ über die Franklinstrasse, Hofwiesenstrasse und Wehntalerstrasse fahren. Der direkte Weg über die Oerlikonerstrasse ist nur 34 Meter kürzer als die Route über die Schaffhauserstrasse. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Philipp Käser (GLP): Die Veloroute auf der Oerlikonerstrasse ist sehr ruhig und verkehrsarm. Im Bereich der Gubelstrasse ist sie tatsächlich etwas steil. Das Teilstück ist aber durchaus machbar, man kommt lediglich nicht mehr so schnell vorwärts. Personen, die es gerne schneller mögen, sind aber sicher auch bessere Velofahrer. Wenn sie die Geschwindigkeitseinbusse nicht in Kauf nehmen wollen, können sie den Weg über die Schaffhauserstrasse wählen. Die Strasse ist breit und der Autoverkehr ist nur in eine Richtung erlaubt. Die Autos können zudem auf die Tramschienen ausweichen. Dadurch ist der Abschnitt insbesondere für gute Velofahrer nicht gefährlich. Die Stadt hat viele Löcher im Veloroutennetz. Um diese sollte man sich kümmern. Hier, wo es 100 Meter nebenan eine gute Veloroute hat, ist das nicht nötig. Aus diesem Grund lehnt die GLP das Postulat ab.

Thomas Schwendener (SVP): Die Postulanten sind offensichtlich nicht ortskundig. Es ist zu bezweifeln, dass sie überhaupt Velo fahren können. Sie sollten sich besser etwas zurückhalten.

Marcel Schönbächler (CVP): Bezüglich der Strassen hat sich tatsächlich ein kleiner Fauxpas eingeschlichen. Die Steigung befindet sich an einem anderen Ort. Das Ziel des Vorstosses, eine durchgehende und angemessene Veloroute von Zürich Nord bis zur Hirschwiesenstrasse zu schaffen, ist der Kern. Doch auch wenn die Schaffhauserstrasse relativ breit ist und somit für gute Velofahrer gut zu befahren ist, sollte man den Weg genügend gut markieren.

Das Postulat wird mit 60 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3861. 2012/65

Motion der FDP-Fraktion vom 29.02.2012:

Kommunaler Verkehrsplan, Ersatz der besucher- und kundenorientierten Parkplätze auf öffentlichem Grund vor Gewerbeliegenschaften oder Ladengeschäften

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Severin Pflüger (FDP) begründet namens der FDP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2368/2012): Wir möchten Einfluss darauf nehmen können, wie der öffentliche

Raum vor Ladengeschäften an Quartierplätzen gestaltet werden kann. Zu den spezifischen Bedürfnissen des Gewerbes gehört die Erreichbarkeit durch Fussgänger, Velos und öffentliche Verkehrsmittel, aber auch die Erreichbarkeit durch den motorisierten Individualverkehr. Dazu braucht es genügend Parkplätze. Will man einen Fernseher beim Radio- und Fernsehhändler kaufen oder die Grossmutter zur Podologin bringen, muss man mit dem Auto kurz anhalten können. Diese Möglichkeit ist in unserer Stadt durch verschiedene Projekte gefährdet, zum Beispiel durch Alleekonzepte oder den öffentlichen Verkehr. Wir können diese Anliegen nachvollziehen. Doch wenn es zu Lasten der Parkplätze geht, geht es zu Lasten der Erreichbarkeit des Gewerbes in den Quartieren. Das führt am Ende zu einem Quartier, das im ökonomischen Sinn nicht mehr lebt. Dann müssen alle im Einkaufscenter einkaufen und sind erst recht auf ein Auto angewiesen. Wir fordern einen Kompromiss: Bei publikumsorientierten Gewerbe, bei dem die Kunden darauf angewiesen sind, ab und zu mit dem Auto vorfahren zu können, sollen Parkplätze erhalten bleiben. Der Parkplatz soll sich in einem sinnvollen Umkreis von zum Beispiel 25 Metern befinden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements in Vertretung der Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Martin Waser: Die Befürchtungen sind vorhanden. Ich nehme sie auch zur Kenntnis. Sie sind aber nicht gerechtfertigt. Unsere Mobilitätsstrategie ist umfangreich und differenziert. Es ist klar festgehalten, dass die Quartiere wichtige Versorgungszentren bieten. Man will diese erhalten und entsprechend die Zugänglichkeit inklusive Parkierungsmöglichkeiten erhalten. Hier aber wird eine bürokratische Vorschrift gefordert, die so nicht umsetzbar ist. Die Umsetzung mit den 25 Metern ist nicht realistisch. Wir möchten die Versorgung aber weiterhin sicherstellen. Wir versuchen, aufgehobene Parkplätze auf sinnvolle Weise zu ersetzen. Es ist klar, dass das Bedürfnis nach Parkplätzen in den Aussenquartieren grösser ist. Der Druck auf den öffentlichen Raum ist dort aber geringer. Es bestehen keine Pläne, grundsätzlich alle Parkplätze zum Verschwinden zu bringen. Auf die genannten Bedürfnisse wollen wir auch in Zukunft eingehen. Man kann den öffentlichen Raum insgesamt trotzdem attraktiv gestalten. Man möchte in den Quartierläden einkaufen können, es soll aber auch ein Ort sein, an dem sich die Leute generell gerne aufhalten. Dort wo man sich trifft, findet das soziale Leben statt. Wir haben mit unseren Strategien eine Grundlage, mit der wir dem Anliegen genügend entgegenkommen können.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Wir lehnen die vorliegende Motion ab. Gerade in durch Geschäfte mit grosser Kundenfrequenz erschlossenen Gebieten ist der Raum für sämtliche Verkehrsteilnehmer vom Fussgänger bis zum motorisierten Individualverkehr sehr knapp. Die Aufenthaltsqualität wird durch viel Platz für Fussgänger markant erhöht. Davon profitieren auch die Geschäfte. Wir Grünliberalen haben zum Beispiel an der Regensdorferstrasse in Höngg eine Begegnungszone gefordert. Gerade dort gibt es auch ein grosses Parkhaus. Der kommunale Verkehrsplan der Stadt sieht vor, dass Autos wo immer möglich in unterirdischen Parkieranlagen abgestellt werden und nicht wertvollen Oberflächenraum versperren. Diesen Plan gilt es weiterhin konsequent umzusetzen. Bei den Geschäften ist eine individuelle Betrachtung notwendig. Kundenparkplätze direkt vor den Geschäften müssen nur dort zwingend erhalten werden, wo schwere Güter verkauft werden. Die Motion gibt ein zu enges Korsett vor.

Roland Scheck (SVP): Die SVP-Fraktion wird den Vorstoss unterstützen. Der Stadtrat baute zwischen 2007 und 2011 rund 1400 Parkplätze ab. Auch im Jahr 2012 ging der Abbau systematisch weiter. Man kann sich vorstellen, was das für das Gewerbe be-

deutet. Der rot-grüne Stadtrat richtet hier mutwillig einen grossen volkswirtschaftlichen Schaden an. Mit seinem Bericht über die wirtschaftliche Bedeutung von Parkplätzen in Zürich hat er nachgewiesen, dass die Umsätze des Gewerbes direkt mit dem Parkplatzangebot zusammenhängen. Doch die Anti-Auto-Ideologie ist ihm wichtiger als das Wohlergehen der Stadt. Die Motion kann den bereits angerichteten Schaden nicht mehr rückgängig machen. Sie kann aber dazu beitragen, dass die desaströse Parkplatzpolitik etwas gebremst wird. Das kommt direkt dem Gewerbe und damit auch dem Kunden zugute.

Mario Mariani (CVP): Die CVP lehnt den Vorstoss ab, allerdings nicht aus grundsätzlichen Überlegungen. Wir teilen die Einschätzungen des Stadtrats. Ein Richtplan hat immer einen gewissen Anordnungsspielraum. Man kann nicht vorschreiben, dass etwas 25 Meter von einem bestimmten Ort angeordnet werden muss. Die CVP hat den kommunalen Verkehrsplan immer unterstützt und lehnt die Motion ab.

Dr. Martin Mächler (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Stadtrat Waser hat es bereits gesagt: Der Abstand von 25 Metern ist nicht realistisch. Kleine Gewerbe sind darauf angewiesen, dass Kunden – auch solche mit einer Mobilitätsbehinderung – weiterhin in der näheren Umgebung Platz finden. Wir schlagen vor, die 25 Meter im Text durch 100 Meter zu ersetzen. Diese Distanz können auch Mobilitätsbehinderte zurücklegen.

Mauro Tuena (SVP): Der Stadtrat selber, aber auch das Gewerbe haben klar aufgezeigt, dass ein oberirdischer Parkplatz in der näheren Umgebung eines Gewerbebetriebs rund 300 000 bis 500 000 Franken, im Stadtzentrum sogar bis zu 600 000 Franken Umsatz bringt. Umso mehr erstaunt es mich, dass der Stadtrat die Motion nicht entgegennehmen will. Wenn die Gewerbebetriebe eingehen, weil die Parkplätze verschwinden, können sie auch keine Steuern mehr bezahlen. Das ist ein gefährlicher Teufelskreis. Will der Stadtrat etwa bewusst, dass es in der Stadt nur noch grosse Warenhäuser gibt und kleine Geschäfte in der Stadt und in den Quartieren schliessen müssen? Das Gewerbe wird immer gerne als Stammfeiler der Wirtschaft bezeichnet. Ich habe für die Politik zu Ungunsten des Gewerbes kein Verständnis. Der Stadtrat hat in der Vergangenheit Parkplätze wegrationalisiert. Er argumentierte immer damit, dass sich in der Nähe weitere Parkierungsmöglichkeiten befinden würden. Beim Beispiel der Militärstrasse, an der Parkplätze im grossen Stil aufgehoben wurden, verwies der Stadtrat auf Parkplätze im Parkhaus Gessnerallee und im Opernhausparkhaus. Es parkiert aber niemand beim Bellevue, um dann in einem Quartierladen im Kreis 4 etwas einzukaufen. Man sollte dafür sorgen, dass die Läden es nicht noch schwieriger haben, erhalten zu bleiben.

Marianne Aubert (SP): Die Motion verlangt, dass aufgehobene Parkplätze im Radius von 25 Meter auf Plätzen oder Strassen ersetzt werden müssen. Nur dadurch sei eine Quartiersversorgung gewährleistet. Die Motion geht davon aus, dass die Verwaltung böswillig Parkplätze vor Geschäften aufhebt. Unserer Meinung nach lebt ein Quartier von den kurzen Wegen. Die Geschäfte sind dann attraktiv, wenn sie zu Fuss und mit dem Velo erreichbar sind. Parkplätze in Quartierparkhäusern schaffen öffentlichen Raum, der gefahrloses und angenehmes Einkaufen ermöglicht und Quartierplätze aufwertet. Die Verwaltung wägt alle Anliegen gegeneinander ab. Gewerbeliegenschaften sind verpflichtet, neue Parkplätze auf eigenem Grund zu erstellen. Die Regelung des Ersatzes innerhalb von 25 Metern halten wir nicht für umsetzbar. Daran würden viele Quartieraufwertungsprojekte scheitern. Wir könnten uns allenfalls eine Grössenordnung von 500 Metern vorstellen. Auch sollte man Möglichkeiten von Parkhäusern berücksichtigen. In allen Quartierzentren gibt es zudem Anliefer- und Güterumschlagregimes. Die SP lehnt das Anliegen sowohl als Motion als auch als

Postulat ab.

Fabienne Vocat (Grüne): Mauro Tuena (SVP) sprach von 300 000 bis 600 000 Franken Umsatz bei den Parkplätzen in der City. In der Begründung zur Motion steht aber gerade, dass es nicht um die City und die citynahen Gebiete geht. Es geht um das Gewerbe und die Ladengeschäfte. Das ist ein Unterschied. Das Gewerbe braucht keine Kundenparkplätze vor der Tür oder zumindest viel weniger. Leute aus dem Gewerbe haben mir gesagt, die Parkplätze seien in dieser Stadt kein Problem. Das tatsächliche Problem sei die Bürokratie. Das andere Thema ist das Lädeli-Sterben. Die Motionäre behaupten, dass dies mit den Parkplätzen zu tun hätte. Sie selber aber sind genau diejenigen, die mit dem Auto in die Einkaufszentren in der Peripherie fahren. Darin liegt der Grund für das Lädeli-Sterben. Fährt man ins Glatt, läuft man übrigens wesentlich mehr als 25 Meter, bis man bei einem Geschäft ist.

Severin Pflüger (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: Wir nehmen die Textänderung von «25 Meter» auf «100 Meter» an.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zur Änderung von F1 Abs. 5 Satz 5 des kommunalen Verkehrsplanes der Stadt Zürich vom 1. Oktober 2003 mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: „Besucher- und kundenorientierte Parkplätze auf öffentlichem Grund, die sich unmittelbar vor Gewerbeliegenschaften oder Ladengeschäften oder in einem Umkreis von 25 Metern zu diesen befinden, dürfen nur aufgehoben werden, wenn sie wieder im Umkreis von maximal ~~25~~100 Meter und für Personen mit Gehbehinderung gut erreichbar, neu erstellt werden. Bei der Aufhebung von anderen Parkplätzen sind die Bedürfnisse des Gewerbes und der Ladengeschäfte hinsichtlich einer funktionierenden Quartiersversorgung sowie der Besucherinnen und Besucher angemessen zu berücksichtigen.“

Die geänderte Motion wird mit 41 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3862. 2013/160

Stadtrat Martin Vollenwyder; Rücktritt

Der Ratspräsident verabschiedet den Stadtrat Martin Vollenwyder und würdigt seine Amtstätigkeit:

Ratspräsident Albert Leiser (FDP): Liebe Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Zürich, liebe Mitglieder des Zürcher Stadtrats, lieber Martin

Es ist für mich eine grosse Ehre, heute den Mitte Mai aus dem Zürcher Stadtrat zurücktretenden Martin Vollenwyder verabschieden zu dürfen. Es ist eine grosse Ehre, aber keine Freude, nein, ist fast schon ein Ärgernis, dass er zurücktritt, denn er war Stadtrat in seiner Vater- und Mutterstadt, mit Haut und Haar. Martin Vollenwyder ist – dies bestreitet niemand, weder von links, noch von rechts – ein politisches Ausnahmetalent. Wir kennen alle seine rhetorischen Fähigkeiten, gewürzt mit individuell zuschaltbarem italienischem Temperament, genetisch bedingt durch einen Viertel Anteil italienischer Provenienz. Gerade weil Martin Vollenwyder mit Leib und Seele Politiker ist, ist er alles, aber sicher kein typischer Politiker. Er versteckt sich nicht einfach hinter der Floskel, dass er den Auftrag des Wahlvolkes ausführen müsse. Er hat meistens das gemacht, was er für richtig befunden hat. Und meistens war es auch richtig. Seine Emotionen sind echt und teilweise gefürchtet. Viele in diesem Saal waren ab und zu froh, wenn sie ihm durch Knopfdruck widersprechen durften und nicht in einem Rededuell gegen ihn haben bestehen müssen. Für viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier landauf landab ist die jährliche Präsentation und Diskussion von Jahresrechnung und Budget jeweils der Tief-

punkt der politischen Agenda. Häufig ist das Resultat des Budgetprozesses die bestmögliche Verteilung von Unzufriedenheit auf möglichst viele demotivierte Beteiligte. Es ist ein wahrer Spiessrutenlauf und alle sind froh, wenn es vorüber ist. Martin Vollenwyder hat da immer eine willkommene Abwechslung gebildet. Beim Budget ist er jeweils zu Höchstform aufgelaufen. Getreu seinem Motto: «Ein Optimist sieht in einem Problem eine Aufgabe. Ein Pessimist in einer Aufgabe ein Problem.» Seit 2002 ist er Zürichs oberster Kassenwart und kommentierte die Abschlüsse jeweils mit viel Humor, die Budgets manchmal etwas leiser auch mit Galgenhumor, je nachdem, wie wir hier drin gearbeitet haben. Im Wahlkampf 2010 hat er gesagt, dass es Zürich im Hinblick auf das Eigenkapital «auf hohem Niveau schlecht» gehe. Zoologisches hat Martin Vollenwyder in der Budgetdebatte im Dezember 2008 gebracht. Da begann man zu realisieren, dass die Bankenkrise einen Einfluss auf die Finanzen der Stadt haben würde. Martin Vollenwyders Prognose: «Eine Eier legende Wollmilchsau, die das Steuersubstrat der Banken ersetzen könnte, gibt es nicht.» Auch in medizinischen Fragen hat Martin Vollenwyder Kompetenz bewiesen: «Wenn die UBS und die CS einen Schnupfen kriegen, erkrankt die Stadt Zürich an der Vogelgrippe.» Martin Vollenwyder besitzt das seltene Talent, punktgenaue Analysen in stammtischfähige Voten zu giessen und sie wie eine Dynamitstange in den Raum zu schleudern. Banken kennt Martin Vollenwyder nicht nur als besonders gute oder extrem schlechte Steuerlieferanten, sondern auch aus einer anderen Perspektive: Bevor er vor elf Jahren in den Stadtrat gewählt wurde, hat er für die Credit Suisse gearbeitet. Angefangen hat er in der Enge, dann wurde er Regionalleiter der CS Linkes Zürichseeufer und zuletzt war er Stabschef Kommerz. Wir dürfen also davon ausgehen, dass er schon vor seiner Tätigkeit als Finanzvorstand mit Zahlen in Kontakt gekommen ist. Kein Wunder hat er bald den Übernamen «bester Kassenwart der Schweiz» erhalten. Dank seinem Netzwerk in der Wirtschaft konnte er frühzeitig den Puls für seine Budgetzahlen erfassen und nach dem Gusto: «Dem Geld darf man nicht nachlaufen, man muss ihm entgegen gehen.» Das hat er immer wieder gemacht. Aber nicht nur in der Privatwirtschaft hat Martin Vollenwyder eine Laufbahn hingelegt, sondern auch in der Politik. So ist er im Gemeinderat der Stadt gesessen und hat als Präsident der FDP Stadt Zürich, und später als Präsident der FDP Kanton Zürich und Kantonsrat geamtet. Und – eben – von 2002 bis 2013 war er Vorsteher des Finanzdepartements der Stadt. Verfügt ein Politiker über diese Erfahrung, dann kann man davon ausgehen, dass er den Politbetrieb und seine Marotten kennt. Geübte Politiker bilden mit der Zeit gewisse Resistenzen gegenüber Angriffen oder Anwürfen. So hat Martin Vollenwyder auf die Frage nach der Bedeutung des Parteipräsidiums einmal gesagt: «Das Parteipräsidium darf nicht Sprungbrett sein, der Präsident muss sich als Laternenpfahl verstehen, der oben leuchtet und unten angepinkelt wird.» Ab und zu wurde kolportiert, dass Martin Vollenwyder nicht nur stressresistent ist, sondern auch resistent gegenüber jeglicher Art von Beratung. Dies sind aber nur böse, böse Unterstellungen. Adenauer sagte einst: Wir leben alle unter demselben Himmel, aber wir haben nicht alle denselben Horizont. Keine Gefahr besteht, dass es Martin Vollenwyder nach dem Ausscheiden aus dem Stadtrat langweilig wird. Sein politisches Engagement will er allerdings auf eine Mitgliedschaft bei der FDP beschränken. Immerhin bleibt er seiner Partei treu, auch wenn sie ihm nicht immer Folge geleistet hat. Martin Vollenwyder wird künftig als Präsident der Tonhalle-Gesellschaft in Erscheinung treten. Es ist anzunehmen, dass er dort nicht die erste Geige spielen wird, ich denke, die Trompete liegt ihm eher, um den Ton anzugeben. Wir haben ebenfalls erfahren, dass er zum Präsident der Eleonorenstiftung gewählt wurde. Ob er in dieser Funktion auch als Spitalclown im Kinderspital arbeiten wird, wissen wir nicht. Das Talent dazu hätte er, den kranken Kindern käme das sicher sehr zugute. Eigentlich sind wir von Martin Vollenwyder gewohnt, dass er die Dinge frühzeitig an die Hand nimmt. Dass er uns verlässt, ohne dass seine Nachfolge geregelt ist, kann ihm allerdings nicht persönlich angelastet werden. Immerhin, Martin, bald wissen wir, mit wem das Stimmvolk glaubt, dich ersetzen zu können. Martin versicherte mir jedoch, dass es im Finanzdepartement kein Problem geben wird. Wir wissen alle, dass

das Geld auf der Strasse liegt, man müsse nur wissen auf welcher. Martin Vollenwyder wird uns nicht nur als starke Persönlichkeit in Erinnerung bleiben, sondern auch als Mensch mit einer aussergewöhnlichen Ausstrahlung. Wir werden ihn als Ausnahmepolitiker im Kopf behalten. Als einer, der die Fähigkeit hat, Kompromisse zu finden, und sie kompromisslos zu vertreten. Martin Vollenwyder hat sich eigentlich mit allen verstanden, egal ob Links, Mitte oder Rechts. Und er hat auch allen gleichermassen widersprochen, wenn er es für nötig befand. Und wenn er sich mit jemandem nicht verstanden hat, dann hatte er gute Gründe dafür. Wir werden Martin Vollenwyder, seine träfen Sprüche, seine Bonmots und seine knallharten Analysen vermissen. Ist ein Parlamentsbetrieb ganz ohne Stadtrat Vollenwyder möglich? Ich meine Ja. Aber erstrebenswert ist es sicher nicht. Martin, wir werden dich hier drin und in der Politik sehr vermissen. Im Namen des Gemeinderats und der Zürcher Bevölkerung danke ich dir für die vielen Jahre, die Du in den Dienst dieser Stadt gestellt hast. Im Namen des Gemeinderats übergebe ich Dir anschliessend eine Schatulle mit einem Büchergutschein, Münzen, Rekachecks für Ferien und den zurückeroberten Lunch-Checks. Lieber Martin: Wir wünschen Dir und Deiner Familie alles Gute für die Zukunft! Man sagt ja: Hinter einem erfolgreichen Mann steht eine starke Frau. Liebe Susanne: Für Deine Unterstützung und den Verzicht auf deinen Mann danken wir dir ebenfalls recht herzlich. Gerne überreiche ich Dir zum Dank dann einen persönlichen Blumenstrauss.

STR Martin Vollenwyder: *Ehrlicherweise muss ich sagen: Ich habe immer mit Freude politisiert. Ich muss aber einige Vorbemerkungen machen. Wenn Gemeinderäte wie Marc Hohl mit ähnlichen Jahrgängen wie die meiner Töchter zurücktreten, bin ich mit meinem Jahrgang wahrscheinlich langsam fehl am Platz in diesem Rat. Wahrscheinlich ist es nicht Bedingung für Verjüngung, dass die Jüngeren zurücktreten und die Älteren nicht. Zweite Vorbemerkung: Ich hatte einmal einen Ehrgeiz. Als ich 1985 am 9. Januar in den Rat kam, war Niklaus Scherr schon sieben Jahre hier. Da habe ich mir gedacht: Was Niggi kann, kann ich auch. Nun muss ich sagen: Ich kapituliere, nachdem ich ihm das letzte Mal zur Halbzeit bei den Neuwahlen gratuliert habe. Von daher gesehen hat es ein paar bekannte Gesichter. Da gehört selbstverständlich auch Christoph Spiess dazu. Ähnlich wie Niggi Scherr und ich verfügt auch er über ein Organ, das damals noch ohne Verstärkung problemlos den Ratssaal ein bisschen unterhalten konnte. Wir haben verschiedene Sträusse miteinander ausgetragen, meine Damen und Herren. Ich habe das meistens lustvoll gemacht. Ich möchte mich auch bedanken, dass Sie heute bei meinem Abschied nochmals eine Parkplatzdiskussion geführt haben. Es hätte mir sonst unglaublich gefehlt. Ich muss auch sagen: Ich glaube nicht daran, dass es – mit Ausnahme der Friedhöfe – unersetzliche hat. Es ist so, dass man dann, wenn man das Gefühl hat, man habe noch Freude, man habe noch Kraft, man habe Freude am Team, das man täglich sieht – sprich am Stadtrat –, irgendwann einmal eine Lagebeurteilung machen sollte: Wie lange habe ich noch Freude? Wie dick ist der Geduldsfaden noch? Und drittens: Vielleicht gibt es auch Leute mit neuen Ideen. Es ist aber so, da kann ich Sie beruhigen, dass ich der schönen Stadt Zürich nicht etwa den Rücken zukehre, beziehungsweise nur für gut drei Monate, nachher bin ich wieder da. Ich habe sowohl der Partei als auch den Exekutivkolleginnen und -kollegen versprochen: Ich nehme das Angebot, das mir Herr Schawinski gemacht hat, nicht an, täglich zweieinhalb Minuten den Politprozess in Zürich zu kommentieren. Ich finde, man hat aktiv zu politisieren und nicht besserwisserisch zu kommentieren. Man hat sich selber einzubringen. Das ist dann das, was Albert Leiser gesagt hat: Ich sei etwas beratungsresistent. Ich habe in den vergangenen Jahrzehnten den Eindruck erhalten, und das ist tatsächlich auch bankenseitig gemeint, dass es extrem viele Berater hat auf dieser Welt und relativ wenig Entscheider. Und eigentlich neige ich eher dazu, einmal einen Entscheid zu fällen. Der beinhaltet das Risiko, dass man auch einmal einen Bockmist macht oder einen Fehler. Sie wissen es, Sie mussten mir auch einmal nach medialer Aufklärung einen Fehler vorwerfen, indem ich nicht so genau wusste, was Kinesiologie ist – da bin ich ehrlich – und auch einen*

Raum vermietet habe an jemanden, der in diesem Bereich tätig ist. Da muss man einfach sagen: Entschuldigung, Fehler gemacht. Von daher gesehen ist auch das eine Erkenntnis. Man wird immer weitergebildet, insbesondere in der Politik, wo die Themenslandschaft so breit ist. Ich habe mit Freude politisiert, ich war tätig, auch im Kantonsrat – vier Jahre, eine Art höhere Stufe, aber deutlich langweiliger, meine Frau widerspricht mir hier zwar, aber sie ist analytischer als ich. Ich verspreche Ihnen aber, ich werde nachher nicht als Martin Bernasconi durch die Gegend ziehen. Sondern es ist so, dass ich ganz klar gewisse – aus meiner Sicht – Leuchttürme dieser Stadt begleiten möchte. Sie können beruhigt sein: Ich gehe weder in einen Staubsaugerkurs noch werde ich nie einen Parkplatz benutzen. Bei uns ist der Nahrungsmittelbedarf hin und wieder so hoch, dass ich ihn kaum bis auf den Parkplatz tragen kann. Das ist aber nicht wegen mir selber, sondern weil wir eine relativ grosse Familie haben. Aber dann kommt es auch nicht mehr so darauf an, wie weit weg der Parkplatz ist. Aber trotzdem: Es ist so, ich werde der Stadt sicher treu bleiben. Ich werde ein paar Leuchttürme – die Tonhalle, das Kinderspital – durch die Zeit begleiten oder anders ausgedrückt: Ich werde die Fehler woanders als im Rathaus machen. In diesem Sinn und Geist freue ich mich, nachher mit Ihnen anstossen zu können. Ich hoffe, ich sehe alle. Ich gebe zu, dass ich auch hier nicht immer alle genau gleich gern hatte. Ich möchte jetzt nicht plötzlich sagen, dass alles wunderbar ist und nie etwas war. Man soll auch am Schluss irgendwo ehrlich bleiben. Man hat unterschiedliche Situationen erlebt. Die meisten sind gut. Was ich Ihnen ans Herz legen möchte: Auch wenn Sie regelmässige Parkplatzdiskussionen oder allenfalls sonstige Diskussionen führen, die ganz wichtig sind, schräge Randsteine oder sonstige Randsteine, denken Sie immer daran, dass wir uns am Schluss zusammenraufen sollten, parteiübergreifend, damit unsere schöne Stadt auch in Zukunft von Lösungen beherrscht wird und nicht von irgendwelchen Gräben. In dem Sinn und Geist möchte ich Ihnen aber keine weiteren Tipps geben. Tipps von Alten soll man eigentlich sein lassen. Sie wissen selber, was Sie machen. Machen Sie es gut. Machen Sie es besser. Vielen Dank.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3863. 2013/149

Motion von Nicolas Esseiva (SP) und Andreas Edelmann (SP) vom 17.04.2013: Ausrichtung von Risikobeiträgen im Rahmen der Abklärungen für Erschliessungsprojekte neuer Fernwärmeverbünde

Von Nicolas Esseiva (SP) und Andreas Edelmann (SP) ist am 17. April 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat innert zwei Jahren einen Antrag für einen Objektkredit für Risikobeiträge zu unterbreiten, um im Rahmen der Abklärungen für Erschliessungsprojekte neuer Fernwärmeverbünde die Projekte starten zu können. Damit können interessierte Liegenschaftensbesitzer verpflichtet werden sich an ein zukünftiges Fernwärmenetz anzuschliessen. Die Risikogarantien würden dann seitens der Stadt übernommen.

Die in Frage kommenden Hauseigentümer sollen direkt mit den dazu notwendigen Kommunikationsmassnahmen angesprochen werden.

Begründung:

In der Vergangenheit (Bsp. Fernwärmegebiet Zürich Nord), hat sich gezeigt, dass Erschliessungsprojekte nicht realisiert werden konnten, da sich zum Zeitpunkt des Entscheids über die Realisierung noch nicht genügend Anrainerinnen zu einem zukünftigen Fernwärmeanschluss verpflichten lassen konnten.

Mit einem Risikobeitrag könnten Anrainerinnen entschädigt werden, welche sich zu einem Fernwärmeanschluss verpflichten, falls der Anschluss nicht oder verspätet zustande kommt. Andererseits könnten damit Projektrisiken seitens der Netzbetreiber und Initiatoren abgedeckt werden, welche Vorleistungen für Quartieranschlüsse erbringen, die nicht ausgeführt werden können. Zudem wäre damit auch eine Überbrückungsfinanzierung möglich um Wärme- und Kältenetze heute (noch nicht wirtschaftlich) zu erstellen, auch wenn weitere Objekt-Anschlüsse zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit erst mittelfristig dazukommen

Mitteilung an den Stadtrat

3864. 2013/150

**Motion von Nicolas Esseiva (SP) und Andreas Edelmann (SP) vom 17.04.2013:
Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen beim Ersatz fossiler Heizungen durch
erneuerbare Systeme**

Von Nicolas Esseiva (SP) und Andreas Edelmann (SP) ist am 17. April 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat innert zwei Jahren einen Antrag für einen Objektkredit zur Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Systeme zu unterbreiten.

Mit diesem Objektkredit sollen Eigentümer, deren Heizungen noch nicht amortisiert sind entschädigt werden, wenn sie sich trotzdem für erneuerbare Energieträger entscheiden oder an das Wärmenetz anschliessen. Die Entschädigung soll sich am Alter der bestehenden Heizung orientieren und gilt für deren Restlebensdauer. Üblicherweise beträgt die Lebensdauer einer Heizung 20 Jahre.

Statt einem Geldbetrag für Eigentümer, welche sich an ein Energienetz anschliessen wäre es auch denkbar, dass diese von einem vergünstigten oder kostenlosen Anschluss an das Netz oder vergünstigten Energiepreisen pro kWh bezogene Energie für eine bestimmte Zeit (z.B. Restlebensdauer der ersetzten Heizung) profitieren könnten.

Die in Frage kommenden Hauseigentümer sollen direkt mit den dazu notwendigen Kommunikationsmassnahmen angesprochen werden.

Begründung:

Die Realisierung eines neuen Erschliessungsprojekts auf der Basis erneuerbarer Energien (z.B. Fernwärme) ist nur möglich, wenn genügend Eigentümer bereit sind sich an das neue Netz anzuschliessen.

Oft scheitert die Realisierung daran, dass die Eigentümer zwar grundsätzlich anschlusswillig wären, jedoch davon absehen, da ihre bestehende fossile Heizanlage noch nicht amortisiert ist.

Aus dem gleichen Grund ist oft bei Einzelsystemen ein Umstieg auf erneuerbare Energieträger (z.B. Wärmepumpen) über einen längeren Zeitraum blockiert.

Mitteilung an den Stadtrat

3865. 2013/151

**Motion von Isabel Garcia (GLP) und Matthias Wiesmann (GLP) vom 17.04.2013:
Einführung einer Jugendinitiative als Instrument für die Mitwirkung von
Jugendlichen am politischen Prozess**

Von Isabel Garcia (GLP) und Matthias Wiesmann (GLP) ist am 17. April 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Gemeindeordnung bzw. der nachgelagerten gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, mit der die Jugend-Initiative als Instrument für die Mitwirkung von Jugendlichen am politischen Prozess eingeführt wird. Die Jugend-Initiative soll für alle in der Stadt Zürich wohnhaften Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren sowie unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit offen stehen. Zur Einreichung einer Jugend-Initiative sind mindestens 200 Unterschriften notwendig. Das Verfahren lehnt sich an jenes der Behandlung von Einzelinitiativen an.

Begründung:

In der Stadt Zürich existiert zur Zeit kein Instrument, mit dem sich Jugendliche, die noch nicht stimm- und wahlberechtigt sind, ihre Anliegen in strukturierter Form in die städtische Politik einbringen und somit aktiv am politischen Leben der Stadt partizipieren können.

In unserer direkten Demokratie ist es unerlässlich, dass möglichst viele Menschen aus allen Altersklassen und gesellschaftlichen Schichten am politischen Leben teilnehmen.

Besonders wichtig ist dabei die Einbindung der nachwachsenden Generation, die einerseits nicht nur theoretisch, beispielsweise durch das Unterrichtsfach Staatskunde, sondern auch praktisch, durch direkte Mitwirkungsinstrumente, auf ihre wichtige Rolle als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vorbereitet werden soll. Erhebungen von Statistik Zürich zu den soziodemografischen Merkmalen der Wählerinnen und Wähler belegen, dass gerade junge Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unterdurchschnittlich am politischen Leben teilnehmen.

Andererseits sollen die Jugendlichen ihr Umfeld und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen direkt mitgestalten können – denn schliesslich werden sie am längsten davon betroffen sein. Auch ist es wichtig, dass die Jugendlichen der etablierten Politik direkte Impulse und Ideen vermitteln können, denn oft fehlt den Erwachsenen der konkrete Bezug oder die unmittelbare Betroffenheit zur Lebenswelt der Jugendlichen.

Als erfolgreiches Beispiel für die Jugendmitwirkung darf die Stadt Bern gelten, die ein solches Instrument unter der Bezeichnung „Jugend-Motion“ vor über zehn Jahren eingeführt hat und wo seither mehrere Begehren von Jugendlichen erfolgreich eingereicht und umgesetzt wurden.

Mitteilung an den Stadtrat

3866. 2013/152

**Postulat der SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion vom 17.04.2013:
Nutzerfreundliche Gestaltung der Schulstrasse im Bereich zwischen dem
Neumarkt und Swissôtel**

Von der SP-, FDP-, Grüne-, GLP- und CVP-Fraktion ist am 17. April 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Umsetzung der Neugestaltung Oerlikon Bahnhofplatz Süd die Schulstrasse, insbesondere der Bereich zwischen dem Neumarkt und Swissôtel, zeitnah ebenfalls nutzerfreundlich gestaltet werden kann.

Begründung:

Die heutige Situation zwischen Neumarkt und Swissôtel ist schlecht und unübersichtlich. Das ist weder für die Zufussgehenden noch für den MIV, inkl. Carvorfahrt für das Hotel und Taxistandplätze, befriedigend. Mit der Umgestaltung des Bahnhofplatzes, dem Bau der Quartierverbindung und dem Neubau der Personenunterführung (Mitte) der SBB wird der heute schon starke Fussgängerstrom zwischen vom Bahnhof und dem Neumarkt noch zunehmen.

Seit 1998 wurden immer wieder Vorstösse aus allen Fraktionen zur Verbesserung der Situation in der Schulstrasse an den Stadtrat überwiesen.

Die Umgestaltung der Schulstrasse war ursprünglich in der Planung der Neugestaltung des Bahnhofplatzes vorgesehen. Sie entspricht einem grossen Bedürfnis der Bevölkerung und wurde im Mitwirkungsprozess ganz klar gefordert.

Mitteilung an den Stadtrat

3867. 2013/153

**Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 17.04.2013:
Führung der Velos bergwärts über die Nansenstrasse / Edisonstrasse statt über
die Ohmstrasse**

Von SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion ist am 17. April 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Umsetzung der Neugestaltung Oerlikon Bahnhofplatz Süd die Veloführung bergwärts über die Nansenstrasse und weiter in die Edisonstrasse, statt über die Ohmstrasse erfolgen kann. In der Schaffhauser- und in der Nansenstrasse soll dazu für die Velofahrenden ein vom MIV getrennter Fahrbereich erstellt werden.

Begründung:

Aufgrund des engen Strassenraumes in der Ohmstrasse zwischen Schaffhauserstrasse und Hofwiesenstrasse und des Platzbedarfes für die Busse des öffentlichen Verkehrs kann bergwärts kein separater Velostreifen erstellt werden. Die bisher geplante Führung der Velos auf dem Trottoir kann nicht befriedigen. Konflikte zwischen Velofahrenden und Zufussgehenden sind unvermeidbar.

Es bietet sich eine alternative Veloführung von der Unterführung Schaffhauserstrasse durch die Schaffhauser- und Nansenstrasse an. Zudem ist genügend Platz vorhanden für einen separaten Velostreifen.

Talwärts ist die Veloführung in der Ohmstrasse trotz fehlenden Velostreifen unproblematisch und kann so belassen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3868. 2013/154

**Postulat von Andreas Edelmann (SP) und Helen Glaser (SP) vom 17.04.2013:
Massnahmen zur verstärkten Förderung von Null-Energie-Bauten**

Von Andreas Edelmann (SP) und Helen Glaser (SP) ist am 17. April 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Massnahmen Null-Energie-Bauten (Sanierungen und Neubauten) verstärkt gefördert werden können. Dazu prüft er verschiedene Massnahmen, z.B. finanzielle Förderungen, baurechtliche Erleichterungen und Anreize oder Auszeichnungen.

Begründung:

Nicht nur Neubauten, sondern auch bestehende Gebäude können zu Null-Energie-Bauten saniert werden. Und die energetische Verbesserung des Gebäudebestandes gehört nachweislich zu denjenigen Massnahmen mit der grössten Hebelwirkung im Bereich des Klimaschutzes und bei der Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft.

Zur Erreichung einer Null-Energie-Bilanz gibt es aktuell mehrere Definitionen (Minergie-A, PlusEnergieBauten PEB), es ist der Stadt Zürich aber frei gestellt, ein eigenes Regelwerk für Berechnung, resp. Nachweise vorzuschlagen. Als Messgrösse soll grundsätzlich die nicht erneuerbare Primärenergie gelten, so dass das Ziel mit verschiedenen Energieträgern (Solarthermie, Fotovoltaik, Fernwärme, Biogas, Holz) erreicht werden kann.

Neben der Jahresbilanz von Null-Energie-Bauten soll zukünftig auch eine saisonale Betrachtung inkl. Energie-Speicherung in Betracht gezogen werden. Als Messgrösse kann die Energie (Strom) definiert werden, die im Jahresverlauf in das öffentliche Netz zwischengespeichert werden darf.

Die Forderung stützt sich auf die Weisung des Stadtrates zum Klimafonds (2012/402), resp. Auf die Empfehlungen in der Studie der Infras „Klimaschutzmassnahmen in der Stadt Zürich“, welche diese im Auftrag des Umwelt- und Gesundheitsschutzes Zürich (UGZ) erstellt hat. In der Weisung werden Massnahmen aufgelistet, welche in ihrer Wirkung noch verstärkt werden sollten: Weitergehende Erleichterungen im Rahmen der Projektierung für energetisch hochwertige Projekte (Ziffer 3.3, Absatz 1).

Mitteilung an den Stadtrat

3869. 2013/155

**Postulat von Helen Glaser (SP) und Andreas Edelmann (SP) vom 17.04.2013:
Erhöhung der Zahl der energetischen Sanierungen beim bestehenden Gebäudepark**

Von Helen Glaser (SP) und Andreas Edelmann (SP) ist am 17. April 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zahl der energetischen Sanierungen beim bestehenden Gebäudepark erhöht werden kann. Konkret wird der Stadtrat gebeten, verschiedene Massnahmen zu prüfen, z.B. finanzielle Förderungen, die Einführung der GEAK-Pflicht (Gebäude-Energieausweis) oder auch gewisse Sanierungsvorgaben; vorstellbar ist zudem, dass der Stadtrat Anreize schafft, damit bereits bestehende Gefässe und Förderungsmassnahmen auf Bundes- und Kantonebene in der Stadt genutzt werden. Um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass der bestehende Gebäudepark ein sehr unterschiedliches Sanierungspotenzial aufweist (Alter der Bauten und der Installationen, denkmalgeschützte Gebäude etc.), ist denkbar, die Höhe einer allfälligen (finanziellen) Förderung in Abhängigkeit der relativen Effizienzverbesserung (Effizienz vorher/nachher) bei einer Sanierung festzulegen.

Begründung:

Die Verbesserung der Gebäudeeffizienz gehört nachweislich zu denjenigen Massnahmen mit der grössten Hebelwirkung im Bereich des Klimaschutzes und bei der Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft. Wir schätzen die bisherigen heutigen Massnahmen der Stadt Zürich im Bereich der Energieeffizienz, doch fehlen bisher spezifische Anreize zur Förderung der Energieeffizienz bestehender Gebäude. Die Stadt soll sich daher in diesem Bereich verstärkt engagieren.

Die Forderung stützt sich u.a. auf die Weisung des Stadtrates zum Klimafonds (2012/402) resp. auf Empfehlungen in der Studie der Infras „Klimaschutzmassnahmen in der Stadt Zürich“, welche diese im Auftrag des Umwelt- und Gesundheitsschutzes Zürich (UGZ) erstellt hat. In der Weisung werden Massnahmen aufgelistet, welche in ihrer Wirkung noch verstärkt werden sollten:

- Weitergehende Erleichterungen im Rahmen der Projektierung für energetisch hochwertige Projekte (Ziffer 3.3, Absatz 1).
- Aktive Unterstützung der Hauseigentümerschaften im Gebäudeerneuerungsprozess durch gezielte Beratung und Abbau von Hürden bei Gebäudesanierungen und Einsatz erneuerbarer Energien (Ziff. 3.5, Abs. 3).

Mitteilung an den Stadtrat

3870. 2013/156

Postulat von Alan David Sangines (SP), Samuel Dubno (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 17.04.2013: Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Einflussnahme der Stadt auf das Betriebskonzept

Von Alan David Sangines (SP), Samuel Dubno (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 17. April 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er Einfluss auf das Betriebskonzept des geplanten Asylbundeszentrums nehmen kann, so dass im Rahmen der Versuchsphase eine flexiblere und weniger restriktive Auslegung der Bestimmungen der Verordnung des EJPD zum Betrieb von Unterkünften des Bundes im Asylbereich möglich wird.

Begründung:

Es ist zu begrüssen, dass die Stadt Hand bietet für ein temporäres Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende und es so ermöglicht, die geplanten Verbesserungen im Asylbereich in einem Testbetrieb auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen.

Im Unterschied zu den bestehenden Empfangs- und Verfahrenszentren, welche für den Aufenthalt von einigen Wochen konzipiert sind, wird der Aufenthalt im Zürcher Zentrum bis vier Monate dauern. Zudem wird die Anzahl der Personen, die sich in diesem Zentrum aufhalten werden, deutlich höher sein als in den bestehenden Zentren.

Die höhere Anzahl der Personen und die längere Aufenthaltsdauer stellen sowohl die Betreiber als auch die Bewohnerinnen und Bewohner vor besondere Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund scheinen namentlich die Ausgangsbestimmungen, wie sie heute in den Bundeszentren gelten, gar restriktiv zu sein. Aus diesem Grund sollte für den Betrieb dieses besonderen Zentrums ein Spielraum hinsichtlich der Ausgangszeiten bestehen, um verschiedene Modelle prüfen zu können.

Im Weiteren betonen Fachleute, dass eine geringere Bettenzahl pro Schlafräum und eine wohnliche Infrastruktur das Konfliktpotenzial und damit auch die Sicherheitskosten senken. Auch darauf soll im Rahmen der Erarbeitung des Betriebskonzepts geachtet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3871. 2013/157

**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Thomas Wyss (Grüne) vom 17.04.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Bau einer richtigen Siedlung statt
eines Containerdorfs**

Von Matthias Probst (Grüne) und Thomas Wyss (Grüne) ist am 17. April 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er beim Bund darauf hinwirken kann, dass statt des geplanten Containerdorfs für Asylbewerber in Zürich eine richtige Siedlung gebaut wird, wobei bei deren Bau darauf zu achten ist, dass sie nach Ablauf von 15 Jahren auch für andere Nutzungen, z.B. Zimmer für Studierende, verwendet werden kann. Die Siedlung soll den Asylsuchenden ein gemütliches Zuhause bieten und sicherstellen, dass sich diese Menschen in Zürich wohl fühlen. Allenfalls kann vorübergehend mit Containern gearbeitet werden, langfristig sollte allerdings eine richtige Siedlung entstehen.

Begründung:

Der Stadtrat hat bekannt gegeben, dass er dem Bund angeboten habe, eine grosse Containersiedlung in Zürich West für 500 Asylsuchende zu erstellen. Unabhängig davon, ob man das neue Schnellverfahren befürwortet oder nicht, stellt sich allerdings die Frage, wieso es sich bei dieser Siedlung um ein provisorisches Containerdorf handeln sollte und nicht um eine richtig Siedlung.

Gerade so gut könnte man ein qualitativ hochwertiges Gebäude bauen und so auch zeigen, dass wir die AsylbewerberInnen nicht wie Menschen zweiter Klasse behandeln wollen.

Sollte die Zusammenarbeit mit dem Bund nach 15 Jahren ein Ende finden, fände die Siedlung bestimmt ohne Schwierigkeiten einen neuen Nutzen. Beispielsweise könnte Studierenden eine günstige Wohnung angeboten werden. Dieses Konzept würde zudem auch in Ergänzung funktionieren, das heisst, wenn vorübergehend weniger als 500 Asylsuchende dort wohnen sollten, könnten Studierende in die leeren Zimmer einziehen.

So oder so ist der Aufenthaltsqualität an diesem Standort für die Asylsuchenden mehr Beachtung zu schenken. Schliesslich handelt es sich um Menschen mit teilweise traumatischen Lebenshintergründen. Sie sind auf eine sorgfältig gestaltete Umgebung angewiesen, insbesondere die Familien mit Kindern.

Zwei Personen pro Kleinzimmer ist eine sehr dichte Nutzung. Befristet noch knapp ertragbar, so wird es bei einer längeren Nutzung sicherlich unerträglich. Die Erfahrungen in den jetzigen temporären Containersiedlungen an der Aargauerstrasse und Seebach zeigen, dass diese Menschen dort nicht nur kurze Zeit wohnen, sondern zum Teil sehr lange anwesend sind (über ein Jahr) und dass sie dann trotz Aufenthaltsbewilligungen nicht sofort ausziehen können, da vorerst gar keine zahlbare Wohnung zu finden ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3872. 2013/158

**Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 17.04.2013:
Führung eines Anteils der städtischen Kindergärten in Form von
Waldkindergärten**

Von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) ist am 17. April 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Anteil der städtischen Kindergärten in Form von Waldkindergärten geführt werden kann, ohne dabei die Kosten pro Kind und die Regelungsdichte zu erhöhen.

Begründung:

Seit einigen Jahren findet man in der Schweiz eine neue Form des Kindergartens, den Waldkindergarten. Das ganze Jahr und bei jedem Wetter lernen und spielen die Kinder im Wald. Die Schulreife nach zwei Jahren erreichen die Kinder im nötigen und geforderten Umfang bei diesem Modell problemlos.

Waldkindergärten bieten gegenüber den herkömmlichen Kindergärten diverse Vorteile: Die Bewegung in der Natur und die intensive Beschäftigung mit ihr fördern die körperliche, geistige und soziale Entwicklung der Kinder. Eine Studie zeigt, dass Waldkindergartenkinder gegenüber Gleichaltrigen bessere grobmotorische Fähigkeiten und ein höheres Mass an Kreativität aufweisen, auch dann wenn diese im Rahmen ihres Unter-

richts einen wöchentlichen Waldtag einlegen.

Zürich ist für dieses Modell aus verschiedenen Gründen geeignet: Der Waldanteil der städtischen Gesamtfläche beträgt 23%. Gleichzeitig ist die Raumknappheit für Kindergärten, Schulen und Betreuung notorisch. Weiter könnten zusätzlich Bewegungsprogramme für Kinder wie das Projekt Purzelbaum gestrichen oder zurückgefahren werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Motionen und die sieben Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3873. 2013/159

**Schriftliche Anfrage von Mark Richli (SP) vom 17.04.2013:
Finanzielle Verhältnisse von Privaten bei der Planung von Grossprojekten mit städtischer Beteiligung, Möglichkeiten zur Offenlegung sowie Berücksichtigung des finanziellen Erfolgs bei der Beteiligung an den Betriebsdefiziten**

Von Mark Richli (SP) ist am 17. April 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Es ist offensichtlich, dass die Stadt Private nicht zur Offenlegung ihrer finanziellen Verhältnisse zwingen kann. Ebenso offensichtlich ist jedoch auch, dass die Weigerung dieser Offenlegung dann sehr stossend ist, wenn die Stadt grosse finanzielle Mittel für die Erstellung oder den Betrieb eines Grossprojekts mit Privaten oder für Private aufwendet. Einigermassen akzeptabel ist dies dann, wenn die Privaten sich selber substantiell finanziell beteiligen (z. B. Kunsthäuserweiterung). Völlig inakzeptabel ist dies jedoch dann, wenn sich die Privaten gänzlich aus der Finanzierung heraushalten (z. B. Erstellung des Stadions Zürich) und dabei nur ungenügenden (FCZ) oder gar keinen Einblick (GCZ) in die eigenen Finanzen zulassen.

Vor dem Beginn der Planung solcher Grossprojekte und vor dem Abschluss jeglicher Verträge mit Privaten kann die Offenlegung von deren finanziellen Verhältnissen ohne Weiteres verlangt werden. Die Privaten werden diesem Ansinnen nachkommen, wenn sie wirklich an der Realisierung des Projekts interessiert sind.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Aus welchen – nicht-juristischen – Gründen hielt es Stadtrat bislang für vertretbar, dass sich Private, für die oder mit denen Grossprojekte mit massgeblicher finanzieller Beteiligung der Stadt verwirklicht wurden, ihre eigenen finanziellen Verhältnisse ganz oder teilweise unter Verschluss gehalten haben, selbst wenn sie finanziell wenig oder nichts zu diesen Projekten beizusteuern bereit waren?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, damit bei künftigen Grossprojekten, die in Zusammenarbeit mit Privaten oder für Private erstellt oder betrieben werden sollen, bereits vor Beginn der Planung zuhanden von Gemeinderat und Öffentlichkeit volle Transparenz über die finanziellen Verhältnisse dieser Privaten hergestellt werden kann?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, damit die Finanzierung des Betriebs solcher Projekte so ausgestaltet werden kann, dass ein zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht vorhersehbarer besserer finanzieller Erfolg dieser Privaten eine entsprechend höhere Beteiligung an allfälligen Betriebsdefiziten der Projekte zur Folge hat?

Mitteilung an den Stadtrat

Kennntnisnahmen

3874. 2013/26

**Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) vom 23.01.2013:
Notschlafstellen für Wanderarbeitende, Engagement der Hilfswerke und Handlungsbedarf der Stadt**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 292 vom 3. April 2013).

3875. 2013/74

**Dringliche Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion und 33 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:
Strategie und Einsatztaktik im Zusammenhang mit der illegalen Party auf dem Binz-Areal**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 288 vom 3. April 2013).

3876. 2013/75

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:
Ausbau der Seebacherstrasse im Bereich der SBB-Unterführung, Optimierung der Verkehrsführung und der Sicherheit**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 306 vom 3. April 2013).

3877. 2013/76

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP), Mauro Tuena (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:
Umsetzung einer regionalen Veloroute im Seefeldquai, Abbau und Kompensation der 45 Parkplätze**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 289 vom 3. April 2013).

3878. 2013/77

**Dringliche Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion und 40 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:
Strategie und Einsatztaktik im Zusammenhang mit der illegalen Party auf dem Areal der Binz sowie Kriterien für die Räumung des Areals**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 287 vom 3. April 2013).

3879. 2013/78

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP), Tamara Lauber (FDP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, künftiges Betriebskonzept sowie Auswirkung auf die Zuteilungskontingente**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 290 vom 3. April 2013).

3880. 2013/79

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Tamara Lauber (FDP), Marc Bourgeois (FDP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Sicherheitsdispositiv sowie Kriterien für den Weiterbetrieb nach der Testphase**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 291 vom 3. April 2013).

Nächste Sitzung: 15. Mai 2013, 17 Uhr.